

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 350 · 30. JAHRGANG · AUSGABE 11/2024 VOM 16. NOVEMBER 2024 · 1 EURO

3 | **Chance für einen
echten Neuanfang**
Brandenburger Landtagswahl 2024

7 | **»Frischer Wind« für die
Gemeinde Schorfheide**
Dr. Andreas Steiner im Gespräch

14 | **Atombomben auf
Eberswalde**
Buchtip

Tierpark Eberswalde: Das Gelände ist immer noch sumpfig

Eberswalder Rechnungsprüfungsamt: Zoo-Förderverein umgeht Spendenrichtlinie

FOTO: JÜRGEN GRAMZOW

In der Stadt Eberswalde gilt seit 2006 eine Spendenrichtlinie, durch die Spenden an die Stadt transparent gemacht werden sollen. Hintergrund waren Korruptionsvorwürfe gegenüber dem 2006 abgewählten Bürgermeister REINHARD SCHULZ, der im Zusammenhang mit dem Verkauf der Stadtwerke erhebliche Spenden von den Käufern entgegengenommen hatte. Solche Machenschaften sollten durch die Offenlegung der Spenden künftig verhindert werden. Ab Spenden in Höhe von 5.000 Euro pro Jahr entscheidet seither die Stadtverordnetenversammlung über deren Annahme.

»Zu beachten ist«, heißt es allerdings im aktuellen Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluß 2023, »daß die Spenden für den Zoo zum Teil über den Verein der Freunde und Förderer des Zoologischen Gartens, der in seiner jetzigen Form im Juni 2006 gegründet wurde, abgewickelt werden und damit nicht im städtischen Haushalt als Einnahme erscheinen.« Die Vergabe von Aufträgen und deren rechnerische Abwicklung erfolge komplett durch den Förderverein, der das dann als Sachspende abrechnet. Tatsächlich sind von 44.000 Euro Sachspenden, deren Annahme die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2023 zugestimmt hatte, aber nur knapp 6.500 Euro tatsächlich realisiert worden.

Hingegen wurde die bereits für 2022 zugesagte Sachspende in Höhe von 50.000 Euro für Spielgeräte und Ausstattung des geplanten Indoorspielplatzes, die ebenfalls noch nicht realisiert war, mit Stadtverordnetenbeschluss zu einer Geldspende für das Haushaltsjahr 2023 umgewandelt. Zusätzlich kamen noch weitere 100.000 Euro als Geldspende für diesen Zweck vom Tierparkförderverein.

Immerhin Geldspenden in Höhe von 150.000 Euro, über deren Herkunft die Stadtverordneten trotz der beschlossenen Spendenrichtlinie nichts wissen, bei einem Spendenaufkommen von 178.000 Euro insgesamt. Das allein im Haushaltsjahr 2023.

Wie die zeitliche Nähe zwischen Spendenrichtlinie und Gründung des Fördervereins vermuten läßt, liegt der eigentliche Zweck des Fördervereins darin, die Transparenzforderungen der Spendenrichtlinie zur Bekämpfung der Korruption zu umgehen.

Praktiziert wird diese Ausbeugung von Stadtverordnetenbeschlüssen seitdem FRIEDHELM BOGINSKI als Nachfolger des abgewählten Schulz die Geschäfte im Eberswalder Rathaus übernommen hatte. Dr. BERND HENSCH avancierte schnell zu Boginskis Lieblings-Tierparkdirektor, der sich nahezu alles erlauben durfte. Regelmäßige Einwände von einzelnen Stadtverordneten gegen das intransparente Spendengebaren wurden ebenso regelmäßig abgebugelt. Und die Stadtverordneten machten das stets mehrheitlich mit.

Von den heutigen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung wissen die wenigsten noch etwas vom Hintergrund der jährlichen Spendenberichte, in denen – die Verwaltung arbeitet ja ordentlich – auch seitenlang über die Pfennigspenden in den Kitas berichtet wird. Dr. Hensch, dessen Engagement für seinen Tierpark gewiß unbestritten ist, ging inzwischen in den Ruhestand. Als Vorsitzender des Fördervereins zieht er allerdings weiterhin, nunmehr mehr im Hintergrund, die Fäden.

GERD MARKMANN

Krieg um Taiwan?

In den hiesigen Mainstream-Medien wird in regelmäßigen Abständen über die Folgen einer Blockade Taiwans durch China sinniert. Natürlich geht es da vorrangig um die Aggressivität der Volksrepublik China gegenüber der Republik China, wie sich Taiwan offiziell bezeichnet.

Sowohl die taiwanesisische Republik, die bis Anfang der 70er Jahre den chinesischen Sitz im UN-Sicherheitsrat besetzt hatte, als auch die Volksrepublik orientieren sich an der Ein-China-Doktrin. Beide Seiten haben den Status quo nie offiziell anerkannt, aber sehr wohl als Faktum akzeptiert. Die zunehmenden Spannungen in jüngerer Zeit gehen hauptsächlich darauf zurück, daß seitens den USA, die seit 1949 als enger Verbündeter der taiwanesischen Separatisten agieren, genau diese separatistischen Tendenzen befördert und in den Vordergrund gezogen werden. Mit dem klaren Ziel, den großen Nachbarn zu provozieren.

Unterstützung finden die US-Aktivitäten natürlich auch von ihrem bundesdeutschen Vassallen, der sich kürzlich damit hervortat, zwei deutsche Kriegsschiffe durch die Meerenge zwischen China und Taiwan – die von China als territoriales Gewässer beansprucht wird – zu schicken. Angeblich sollte das eine Demonstration für die »freie Schifffahrt« sein.

Tatsächlich stellt allerdings die an die Wand gemalte Blockade Taiwans keine Bedrohung für die USA dar, sondern viel eher für die China-Verbündeten der BRICS. Vor allem China, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Iran wären betroffen, heißt es in Veröffentlichungen von zerohedge.com, die über Telegram verbreitet wurden. Für China hat die Taiwanstraße auch eine große Bedeutung für Transporte zwischen den Häfen an der chinesischen Ostküste. Auch ein Drittel der Ein- und Ausfuhren Japans wird über die Taiwanstraße transportiert. Beim Rohöl sind das sogar 95 Prozent der japanischen Importe. Letztere könnten allerdings auch weiter östlich liegende Routen nutzen.

Von Japan abgesehen sind die übrigen G7-Länder weit weniger von der Taiwanstraße abhängig. Für die USA, Großbritannien, Italien, Deutschland, Frankreich und Kanada ist der Anteil der Ein- und Ausfuhren über die Straße von Taiwan von minimaler Bedeutung.

Derzeit spielt Taiwan für die USA noch eine große Rolle, weil der dortige TSMC-Konzern faktisch das Monopol für die Chip-Produktion besitzt. Inzwischen hat aber eine erste in die USA verlagerte TSMC-Fabrik bereits höhere Qualitätsindikatoren bei der Chip-Produktion erreicht als in Taiwan. Sobald die USA in der Lage sind, sich mit den Chips selbst zu versorgen, wird Taiwan zur neuen Ukraine und wird für die geopolitischen Spielchen der USA eiskalt geopfert. Und das völlig unabhängig davon, wer in den USA gerade Präsident ist.

GERDA HENKEL

Gedenken an Pogromopfer

Eberswalde (prest-ew/bbp). Zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht vom 9. November 1938 sowie des Holocaust hatten die Stadt Eberswalde und der Ökumenische Arbeitskreis auch in diesem Jahr zur traditionellen Gedenkveranstaltung aufgerufen.

Am Abend des 86. Jahrestages der Novemberpogrome sprachen Bürgermeister GÖTZ HERRMANN und Pfarrer PHILIPP SCHUPPAN am Gedenkort »Wachsen mit Erinnerung« in der Goethestraße Worte des Gedenkens, bevor im Anschluß exemplarisch das Schicksal der jüdischen Familie Werner durch die Initiative

»Spuren jüdischen Lebens in Eberswalde« vorgestellt wurde. Der Gedenkort »Wachsen mit Erinnerung« entstand vor elf Jahren am Standort der einstigen Eberswalder Synagoge.

Nach dem Gesang eines kirchlichen Liedes unter Leitung von Pfarrer Philipp Schuppan schloß sich das individuelle Gedenken der Anwesenden mit Blumenschmuck und Kerzen an. Musikalisch begleitet wurde der Abend durch Improvisationen des Musikers »Ultracello« alias Matthias Marggraff, welcher im Anschluß an die Veranstaltung in der Bethelkapelle ein Konzert spielte.



FOTO: FLORIAN HELMANN (STADT EBERSWALDE)

Extreme

Wer am 6. November die Statements von Kanzler, Vize und Finanzminister a.D. gehört hat, bekam einen realen Einblick in die Ergebnisse der bestellten Führung. Mögen auch nicht die antisozialen Inhalte des FDP-Vorsitzenden zu Begeisterung verleiten, so sind die fiskalischen Grundsätze Lindners aber doch mit Achtung zu diskutieren.

Die Schuldenmacher von SPD und Grünen haben schon die Aufhebung der Schuldenbremse angekündigt. Habeck schlägt Sonder-schulden in einem Schattenhaushalt von mindestens 200 Milliarden Euro vor, während Scholz und Baerbock die USA in der Ukraine mit weiteren zig Milliarden Euro ablösen wollen, um bei diplomatischen Bemühungen davon abzulenken, daß sie allesamt mit »heruntergelassenen Hosen« dastehen. Sie ruinieren mit ihrer Politik der Moralisten und Weltverbesserer die Volkswirtschaft!

Inzwischen entwickelt sich das Berliner Beben zu einem schweren Gewitter und Extremisten können sich über extreme Zugewinne freuen, weil die Trickserei mit den Terminen und der Wahlkampfzentrale im Kanzleramt das Vertrauen der Bürger in die Politik und ihre Protagonisten aller Couleur nicht mit der Restlaufzeit des Kanzlers wachsen läßt!

Der Bundespräsident ist nicht zu beneiden, weil sein Parteifreund von ihm wahrscheinlich Nibelungentreue erwartet.

Übrigens sind auch die Wahlbürger nicht zu beneiden, denn der Kanzler will lieber mit

Schulden (zahlen erst unsere Enkel) die Ukraine stützen, während die CDU/CSU direkt TAURUS-Raketen an Kiew liefern will und näher an die unmittelbare Konfrontation mit Rußland heran will.

Und dann sind wir bei der westdeutschen Erfindung: »Ostdeutschland«! Der Bürger hat die Wahl: Krieg oder Frieden? Im Osten ist die Frage mehrheitlich entschieden: Frieden!

Warum? Hier wurden die Reparationen für den alldeutschen Krieg bezahlt. Der Bürger soll nun zwischen dem gestürzten Kanzler für viel Geld in die Ukraine, einem oder mehreren Möchtegern-Kanzlern entscheiden.

Scholz, Merz, Pistorius: Pest oder Cholera. Schlimm, aber das kleinste Übel heißt wahrscheinlich Scholz, obwohl die 15-Prozent-Partei sich auch als unfähig erwiesen hat. Wie wäre es mit einem fähigen Ostdeutschen?

BERND C. SCHUHMAN

SPD Barnim ist bereit

Die Barnimer SPD zeigt sich bereit für die anstehende Neuwahl des Deutschen Bundestages. Mit Simona Koß und Stefan Zierke wurden bereits frühzeitig und vorausschauend zwei erfahrene SPD-Bundestagsabgeordnete erneut als Direktkandidaten für den Nord- und Süd-Barnim aufgestellt. Nach der folgerichtigen und konsequenten Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz steht die SPD Barnim damit bereits in den Startlöchern für einen überzeugenden Wahlkampf vor Ort.

KURT FISCHER

Wahlanalyse der Brandenburger Landtagswahl 2024:

Chance für echten Neuanfang

Bernau/Strausberg (dk/bbp). Auf dem Unterstützertreffen des Bündnis Sarah Wagenknecht Barnim am 24. Oktober und auf Einladung des Vereins »alternativ denken Strausberg« mit dem Kommunalpolitischen Forum Land Brandenburg am 8. Oktober stellte der Soziologe Dr. DIETER KORCZAK seine Analyse der Brandenburger Landtagswahl 2024 vor. Seiner Meinung nach hat nicht die Personalisierungskampagne von DIETMAR WOIDKE die Parteien Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, BVB/Freie Wähler und FDP geschreddert hat. Die Ursachen liegen vielmehr tiefer und langfristiger.

Im Juni 2023 lag die Linkspartei in Wahlprognosen (IFM Berlin) noch bei zwölf, die Grünen bei zehn, BVB/Freie Wähler bei acht Prozent (IFM Berlin). Die FDP konnte sich bei prognostizierten vier Prozent noch Hoffnungen machen. Jedoch bereits nach den Europawahlen im Juni 2024 war aufgrund der Stimmenverteilung zu erwarten, daß die genannten Parteien nicht mehr im neuen Landtag vertreten sein werden. Von da an ging es für diese vier Parteien im freien Fall bis zur Landtagswahl kontinuierlich bergab. Im Juli 2024 – zwei Monate vor der Wahl – wurden die Linkspartei, BVB/Freie Wähler und die FDP unter fünf Prozent vorhergesagt, die Grünen immerhin noch bei sieben (Infratest Dimap).

Der Wahltag hat es dann gezeigt: Die SPD (30,9 %) konnte auf den letzten Metern die AFD (29,2 %) noch abfangen. Mit einer »Demokratie-Angst«-Kampagne gewann die SPD 51.000 Nicht-Wähler der Landtagswahl 2019 für sich. Typisch dafür ist das Wahlplakat »Wenn schon Glatze, dann Woidke«. Es waren aber neben den Nicht-Wählern auch 47.000 Grüne und 13.000 CDU-ler, die diesmal SPD wählten. Selbst von der Linken (25.000) und vom BVB/FW (7.000) gewann die SPD diesmal Stimmen.

Die SPD gewinnt die Wahl also nicht deshalb, weil sie ein überzeugendes parteipolitisches Programm hat, sondern weil sie a) die treueste Wählerschaft hat (35 % der 60-69jährigen Wähler und 49 % (!) der 70+-jährigen), b) Woidke keinen ernsthaften Konkurrenten für den Ministerpräsidentenposten hatte und c) die SPD in Brandenburg bisher immer den Ministerpräsidenten gestellt hat.

Das völlig gegenteilige Bild lieferte die Linkspartei. Sie stürzte auf 2,98 % dramatisch ab und verlor gegenüber der Landtagswahl 2019 fast 100.000 Stimmen. Von 135.558 fällt sie auf dürftige 44.706 Zweitstimmen. Das Fehlen einer klaren Friedenspolitik, der Verlust der Kompetenz für soziale Gerechtigkeit und die Konzentration auf ökologisch-urbane Milieus haben Stammwähler und Sympathisanten der Linken vertrieben. Die Linkspartei hat aktuell ein großes Glaubwürdigkeitsproblem. Die Personalisierung auf den weitgehend unbekanntem Spitzenkandidaten SEBASTIAN WALTER war falsch. Er selbst hat in seinem Wahlkreis in Eberswalde gerade mal 2.613

Erststimmen (12,6 %) bekommen. Sich selbst auf den Wahlplakaten als »Robin Hood« darstellen zu lassen, hat für viel Unverständnis selbst bei langjährigen Parteimitgliedern und Sympathisanten gesorgt.

Zwei Drittel der Bevölkerung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind gegen die Stationierung von US-Raketen in Deutschland (MDR 21.8.24). Daß CAROLA RACKETE, für die Linke Mitglied des Europaparlaments, dort für den Einsatz westlicher Waffen gegen militärische Ziele im Hoheitsgebiet Rußlands stimmte und sich der Parteivorsitzende SCHIRDEWAN bei dieser Abstimmung enthielt, brachte dann für viele ehemaligen Wähler der Linken das Faß zum Überlaufen. Sie haben reihenweise BSW (44.000) und SPD (25.000) gewählt oder sind zu Hause geblieben. Das monatelang anhaltende Bashing gegen SARAH WAGENKNECHT und das BSW hat sich für die Linken nicht ausgezahlt. Irritierenderweise zieht der Linken-Landesvorsitzende Sebastian Walter nicht die Konsequenz aus dem Schreddern der Linken in Brandenburg unter seiner Führung. Zumindest in England treten PremierministerInnen zurück, wenn sie das Vertrauen der Wähler verloren haben (z.B. jüngst Theresa May, Liz Truss, Boris Johnson). Das wäre auch von Walter zu erwarten.

Bündnis 90/ Die Grünen sind ebenfalls dramatisch eingebrochen. Sie reduzieren sich von 136.364 Zweitstimmen (2019) auf 62.057 (4,1 %). Sie verlieren 47.000 Zweitstimmen an die SPD. Als grünes Problem wird deutlich, daß sie in Brandenburg – wie auch in Sachsen und Thüringen – keine relevante Stammwählerschaft haben. Die Protagonisten der Grünen in Brandenburg – Gesundheitsministerin NONNEMACHER und Umweltminister VOGEL – sind westdeutsche Akteure. Das Bündnis 90 ist auf der Strecke geblieben. Die Anti-Grünen-Politik von HABECK und BAERBOCK tragen ebenfalls zum Niedergang der Grünen bei. Die Grünen verlieren bei den 16-24jährigen ganze 21 Prozentpunkte (von 27% auf 6%) und bei der Klimapolitikkompetenz – ihrer DNS – sage und schreibe 25 (von 47% auf 22%).

Der eigentliche Gewinner der brandenburgischen Landtagswahl ist das BSW. Im Juni/August 2024 prognostizierten die Wahl-Auguren 17 % der Zweitstimmen für das BSW. Danach lief von allen politischen Richtungen

und den Massenmedien eine Diffamierungskampagne gegen das BSW ab. Dennoch schaffte es das Bündnis aus dem Stand, 202.421 Zweitstimmen zu gewinnen, das heißt satte 13,5 %. Diese Stimmen rekrutieren sich aus allen politischen Lagern: Linke 44.000, SPD 26.000, AFD 16.000, CDU 14.000, BVB/FW 12.000, Grüne 5.000 – und 41.000 Nicht-Wählern bei der Wahl 2019.

Diese breite Zustimmung aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen stellt tatsächlich die Chance für einen echten Neuanfang der politischen Arbeit dar. Der zukünftige Erfolg des BSW hängt aber auch ganz entscheidend vom Einhalten der Wahlversprechen ab, vor allem von der klaren und glaubwürdigen Friedensausrichtung, die nicht nur ein Lippenbekenntnis ist.

Sowohl in Strausberg wie Bernau folgten die Anwesenden den Ausführungen von Dr. Korczak mit großen Interesse und dankten es ihm mit starkem Applaus.



Robert will Kanzler

*Robert will Kanzler, habe ich vernommen.
Und nun denk ich ganz beklommen:
Was ist los mit diesem Mann
Glaubt der wirklich, daß er Kanzler kann?*

*Er steht bereit, ließe er vernehmen.
Sagte dieses, ohne sich zu schämen.
Denn gar mancher denkt empört,
Die Wirtschaft hat der schon zerstört.*

*Fährt der als Kanzler alles an die Wand,
Setzt der unser stolzes Schiff auf Sand?
Robert grinst sich eins und sowieso,
Tönt wie zum Hohn: »Das ist halt so«.*

*Wenn er auch denkt, daß er kann,
Im Ländle müßten Frau und Mann,
den Grünen ihre Stimmen geben.
Dann könnte er zum Kanzler sich erheben.*

RAINER KROBOTH

Wahlen am 23. Februar?

Noch hat Bundeskanzler Olaf Scholz die Vertrauensfrage nicht gestellt. Noch hat der Bundestag ihm nicht das Vertrauen entzogen. Noch fehlen also die vom Grundgesetz vorgeesehenen Voraussetzungen. Dennoch haben sie sich auf einen Wahltermin geeinigt. Wer? »Union« und SPD, wie es heißt. Am Parlament und am Grundgesetz vorbei. So sieht Demokratie in der BRD aus.

Stumm-Schaltungen

Eberswalde (bbp). In Sachen Transparenz hat sich in der Stadt Eberswalde – nicht zuletzt infolge der Online-Umstellungen im Zusammenhang mit Corona – einiges zum Besseren entwickelt. So werden seit mehreren Jahren die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung (StVV) live im Internet übertragen, wo der Livestream immerhin bis zur nächsten Sitzung auch zum Nachhören und -sehen zur Verfügung steht.

Ärgerlich ist es jedoch immer wieder, wenn Stadtverwaltungsmitarbeiter – oft in höheren Positionen (Amtsleiter oder vergleichbar) – bei der Beantwortung von Fragen oder dem Verkünden wichtiger Hinweise im Livestream stumm geschaltet werden. Zumindest die Audio-Freigabe sollte doch für städtische Mitarbeiter wenigstens ab Amtsleiter (und vergleichbar) verpflichtend sein. In der StVV sprechen sie ja immerhin für den Bürgermeister und keineswegs als Privatperson. Somit kann letztlich gar keine Privatsphäre und kein Persönlichkeitsrecht verletzt werden. Für ihren Job werden diese Personen durch die Stadt – also letztlich den Bürgerinnen und Bürgern – durchaus auskömmlich bezahlt.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Martin Hoeck sagte, darauf angesprochen: »Die Nichtübertragung von Mitarbeitern der Verwaltung ärgert mich auch und ich habe dazu schon mehrfach das Gespräch gesucht. Mein Ziel wäre wenigstens eine durchgehende Ton-Übertragung der gesamten Sitzung. Leider ist das rechtlich nicht so einfach. Das Einkommen spielt dabei keine Rolle. Nur der Bürgermeister und die Beigeordnete dürfen als Wahlbeamte nicht nein sagen. Alle anderen sind Angestellte und genießen daher einen besonderen Arbeitnehmerschutz. Glücklicherweise sind die Dezernenten mit einer Übertragung einverstanden. Ich kann aber versichern, daß ich an dem Thema immer wieder dran bleiben werde, wenn sich eine Gelegenheit ergibt. Umso mehr freut es mich, daß die Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete inzwischen alle mit der Übertragung einverstanden sind.«

Kennzeichen für Panketal?

Kein Scherz! Aktuell wird bundesweit über Pläne zur weiteren Liberalisierung der KFZ-Kennzeichenverordnung diskutiert. Gemeinden ab 20.000 Einwohner könnten demnach ein eigenes Kennzeichen beantragen.

PKT, PTL oder vielleicht auch PAX als Statement für die Verbundenheit mit dem eigenen Lebensmittelpunkt wären denkbar. Weiterer Vorteil: Es gibt mehr Auswahlmöglichkeiten für ein bestimmtes Wunschkennzeichen. Ohne zusätzliche Kosten, ohne großen Aufwand – und natürlich freiwillig.

Fraktion 100% Panketal/Die PARTEI

Bürger obsiegen gegen Stadtverwaltung

Der Paukenschlag des Abends kam gleich zu Beginn: Der Eberswalder Bürgermeister teilte den Stadtverordneten am 17. Oktober lapidar mit, daß der Landesbetrieb Straßenwesen keine Förderung des Ausbaus der Saarstraße im Stadtteil Ostende befürworten kann. Damit stehe das ganze Projekt, das von der Max-Lull-Straße bis zur BDG geplant war, vor dem Aus und man könne sich jetzt dem ersten Teil der Straße, nämlich dem Abschnitt ab der Freienwalder Straße bis zur Obus-Endhaltestelle zuwenden, für die eine Förderung möglich sei. Damit führten die monatelangen Einwände der Bewohner der hinteren Saarstraße zum Erfolg, die beharrlich auf die Rechtswidrigkeit der Planungen hingewiesen haben, die keine Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer gewährt haben. Außerdem habe es im Vorfeld keine Einbeziehung der Anwohner gegeben, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Ein Sieg gegenüber einer selbstherrlichen Verwaltung!

Im Anschluß sprach auf der Oktobersitzung der Stadtverordneten WHG-Geschäftsführer HENDRIK HUNDERTMARK und stellte den Jahresbericht vor. SEBASTIAN WALTER von den Linken bekam auf seine Nachfrage mitgeteilt, daß die 1.200 Mieterhöhungen, die in diesem Jahr ausgesprochen wurden, nicht plus zwanzig Prozent der Mietkosten seien, sondern zwanzig Prozent der gesamten WHG-Wohnungen beträfe. Konkret gehe es um einen durchschnittlichen Betrag von 29,60 Euro pro Monat und Wohnung. Das löste zwar bei den Mietern keine Freudenstürme aus, aber die allermeisten waren einverstanden angesichts der Kostenzwänge des städtischen Unternehmens. Beim gewollten Leerstand gehe es um unvermietbare Wohnungen, die in den nächsten Jahren in Sanierung genommen werden. Hundertmark nannte als Planungen die Eisenbahnstraße 71, die Grabowstraße 37-39, die Heegermühler Straße 36-40, die Potsdamer Allee 45-69, die Schöpfungstraße 19 und die August-Bebel-Straße 14-16. In manchen Häusern muß dazu »freigezogen« werden, was die Umquartierung der Mieter bedeutet. Neuer Wohnraum müßte bei den aktuellen Baupreisen eine Kaltmiete von 18 bis 19 Euro je Quadratmeter einbringen, was in Eberswalde nicht erreicht werden kann, höchsten seien Mietpreise von 14 Euro kalt vermittelbar. Deshalb liege der Schwerpunkt auf Sanierung, was sukzessive dazu beiträgt, den Leerstand zu verringern und das Mietniveau zu heben.

Es gab auch Zahlen zu Versicherungsfällen, Brandstiftungen und zu Vandalismus. Der CUBE 56 (Heegermühler Straße 56) gehe verspätet an den Start, erst am 1. November, weil die Lieferung des Trafos für die Wärmepumpe auf sich warten ließ. Mittlerweile sind 6 Wohnungen vermietet, wurde dem Stadtverordneten RICCARDO SANDOW auf seine Nachfrage mit-

geteilt. Von insgesamt 14 Apartments zwischen 39 und 55 Quadratmetern mit einer angebotenen Warmmiete zwischen 710 und 995 Euro. Diese Angaben fanden sich auf der WHG-Internetseite zum Projekt. Wobei allerdings zusätzlich zum Apartment 100 Quadratmeter Gemeinschaftsfläche genutzt werden können, mithin rechnerisch gut sieben zusätzliche Quadratmeter pro Apartment.

CARSTEN ZINN (Bündnis Eberswalde) wollte vom Geschäftsführer wissen, welchen Anteil denn die WHG an der Obdachlosigkeit in der Stadt habe, die mit 62 gemeldeten Personen noch höher ist als in Frankfurt/Oder und in Cottbus. Der Angesprochene antwortete etwas von Belegungen durch das Ordnungsamt, bis er nach einem Hinweis konkrete Zahlen nannte, nämlich zehn fristlose Kündigungen im Berichtszeitraum. Es gebe aber Hilfen für die Betroffenen, die allerdings auch angenommen werden müßten. Auch der Bürgermeister wies darauf hin, daß es im Vorfeld einer drohenden Obdachlosigkeit viele Möglichkeiten gebe, den Notfall zu verhindern.

An anderer Stelle wurde mitgeteilt, daß während des Weihnachtsmarktes diesmal keine Buden im Altstadtkarree aufgestellt werden, weil im letzten Jahr die dortigen Händler medienwirksam per Zeitung über mangelnde Kundschaft klagten. FRANK BANASKIEWICZ regte an, während der ganzen Weihnachtszeit auf dem Marktplatz, der weniger besucht sei im Winter, wenigstens zwei Weihnachtsbuden stehen zu lassen, um etwas Atmosphäre zu erhalten. Das werde geprüft.

Carsten Zinn meldete sich nochmal, weil er den Polizeibericht von 2023 bisher vermisste, denn die Zahlen lägen längst vor. MARTIN HOECK, der Vorsitzende der StVV, nannte als Grund, daß bisher von der Polizeidirektion kein Angebot für einen Vortrag gekommen sei, so etwas könne man nicht anweisen und außerdem gebe es bald einen neuen Minister der Landesregierung, so daß im April 2025 mit einem neuen Bericht zu rechnen ist.

Zum geplanten Wohnheim im Lindenpark* wollte der Bürgermeister nicht Stellung nehmen. Man könne nicht über jede private Vermietung an freie Träger der Gesundheitsfürsorge informieren, womöglich noch über die Art der Erkrankungen der Betroffenen, das ginge zu weit. Tilo Weingardt von der AfD-Fraktion verwies dazu auf die Ausführungen des Landrates zu dem Thema, die öffentlich zugänglich seien.

J. G.

* Das Wohnheim im Lindenpark befindet sich auf dem Gelände der ehemaligen Bezirksnervenklinik an der Oderberger Straße und soll bis zu 80 Asylbewerber beherbergen. Laut Informationen von Carsten Zinn soll es sich dabei um Menschen mit psychischen Problemen handeln, die eine entsprechende Betreuung benötigen.

Glasfaser mit Verzögerungen

Finowfurt (bbp). »Sie haben lange für das Projekt Glasfaserausbau von DNS NET in der Gemeinde Schorfheide geworben«, schrieb unser Leser Guido Penz in einem Brief an den Schorfheider Bürgermeister Wilhelm Westerkamp. »Mittlerweile hört und sieht man nichts mehr.« Bereits im August 2021 habe er einen Vorvertrag abgeschlossen.

»Bis zum heutigen Tag habe ich nur eine Kundennummer. Der ehemalige Mitarbeiter der 2021 die Vorverträge in der Gemeinde Schorfheide abgeschlossen hat, ist nicht mehr für DNS NET tätig.« In einem Telefonat hatte selbiger mitgeteilt, daß es bei DNS NET »drunter und drüber geht« und deshalb dieses Unternehmen verlassen habe. »Überall liegen die Kabel auf der Erde vor den Häusern«, so Penz. »Bei mei-

nen persönlichen Anfragen bei verschiedenen Bürgern und Hausbesitzern, kamen immer die gleichen Antworten, daß sich DNS NET nicht mehr meldet.« Dieser Zustand dauere nun schon länger als ein Jahr.

Penz fragt den Bürgermeister, »wann werden die beauftragten Anschlüsse der Glasfaser Kabel realisiert? Gibt es vielleicht Probleme seitens der Gemeinde Schorfheide oder der DNS NET für diese Verzögerungen? Wie viele Bürger in der Gemeinde Schorfheide haben bis heute einen Anschluß erhalten, der auch funktioniert? Liegen ihnen eventuell Angaben vor, weshalb es zum Stillstand des Ausbaus gekommen ist?« Und schließlich: »Was unternehmen Sie persönlich als Bürgermeister, um den geplanten Ausbau des Glasfasernetzes voran zu bringen?«

Glasfaser-Netz bis in die Wohnungen

Eberswalde (bbp). Bis 2026 sollen alle Wohnungen im Bestand der Eberswalder Wohnungsgenossenschaft 1893 eG mittels Glasfaser mit Internet versorgt sein.

»Sind die Campus-Netze betriebsbereit, können alle Versorgungsthemen digital abgebildet werden – ohne Geschwindigkeitsverlust«, versicherte die Genossenschaftsleitung bereits im Februar 2024 gegenüber dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU). »Denn Glasfaser transportiert unbe-

grenzte Datenmengen in Lichtgeschwindigkeit«, so die Genossenschaft. Im Mai 2024 war der Baustart für den Glasfaser-Ausbau bis in die Wohnungen der Mitglieder. Der größte Vorteil für die Genossenschaft ist, daß die Infrastruktur ihr gehört. Sie behält das Zepter des Handelns in der Hand und entscheidet, welche Daten an die Dienstleister gehen. Welche Entscheidungsmöglichkeiten bei den Genossenschaftsmitgliedern und Wohnungsnutzern bleiben, wurde nicht kommuniziert.

Arbeiten am Westendweg

Wegebefestigung mit schwerem Gerät. An dieser Stelle war immer loser Sand, was mit dem Fahrrad sehr schwer war zu befahren. Mit der Befestigung verbessert sich die Wegeverbindung zwischen dem Brandenburgischen Viertel und dem Ortsteil Westend durch die Drehnitzniederung. Eine sichere Alternative zu der gefährlichen »Radschnellverbindung« entlang der Bundesstraße B167.



FOTO: JURGEN GRAMZOW

Verwendung von Auftausalzen sind Standard

Die Verwendung von Auftausalzen war als mögliche Ursache für den Einsturz der CAROLABRÜCKE in Dresden genannt worden. Wir fragten nach, wie dies in Eberswalde gehandhabt wird. »Bei allen Brücken im Zuge von Fahrbahnen, für die die Stadt Eberswalde zuständig ist«, so die Antwort, »kommen Auftausalze bei Bedarf zum Einsatz«. Die Brücken unterliegen einer jährlichen Sichtkontrolle und alle 6 Jahre erfolgt eine Hauptprüfung. Auf Fußgängerbrücken wird Streusand eingesetzt.

Auf Vorschlag der Fraktion wurden zwei Mitglieder neu in den Seniorenbeirat berufen.

Auf ihrer jüngsten Sitzung beriet die Fraktion über eine Resolution, die sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf

deutschem Territorium wendet und den Weltfrieden fordert.*

Die Fraktion unterstützt die Initiativen des Ortsbeirates der Clara-Zetkin-Siedlung bezüglich der Befestigung eines Fußweges zwischen der Fliederallee und dem Bärbel-Wachholz-Weg sowie dem gemeinsamen Bemühen mit der Gemeinde Schorfheide für eine Verkehrsberuhigung in der Straße Bei den Buchen.

MIRKO WOLFGRAMM

* Eine Veröffentlichung dieses Satzes im Amtsblatt der Stadt Eberswalde wurde abgelehnt. Es handele sich nicht um eine ortsbezogene Nachricht – obwohl die Fraktion das Thema in Vorbereitung kommender Stadtverordnetenversammlungen in seiner Sitzung beraten hatte.

Beigeordnete kündigt

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 5. November hat ANNE FELLNER, Erste Beigeordnete und Dezernentin für Bau und Stadtentwicklung in Eberswalde, bei Bürgermeister GÖTZ HERRMANN ihre Bitte um die Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand eingereicht.

Anne Fellner war zur Mitte des Jahres 2024 mit einer schwerwiegenden Krebsdiagnose konfrontiert worden. Die Stadtverordneten und ihre Verwaltungskollegen hatte sie frühzeitig informiert. »Sie entschied sich«, informiert die städtische Pressestelle, »der Krankheit offensiv entgegenzutreten, sich einer wichtigen Operation zu unterziehen«. Derzeit befinde sie sich auf dem Weg der Genesung.

Seit 2010 füllt sie das Amt als Baudezernentin »MIT LEIDENSCHAFT, FACHLICHER KOMPETENZ UND VIEL ERFOLG AUS«. Nachdem BELLAY GATZLAFF beim damaligen Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI (FDP) in »UNGNAD« gefallen und aus der Verwaltung rausgeworfen worden war, übernahm Anne Fellner 2016 die Verantwortung als Allgemeine Stellvertreterin des Bürgermeisters. Bevor Boginski in den Bundestag wechselte, wurde ihr 2021 das Amt der Ersten Beigeordneten übertragen.

»Die Verantwortung für die Entwicklung unserer Stadt liegt mir zutiefst am Herzen, sowie die Zusammenarbeit im Führungsteam mit dem Bürgermeister, meinen Kollegen Dezernenten und mit der Stadtverordnetenversammlung als auch das Wohl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Dezernat und der ganzen Verwaltung. Deshalb bin ich überzeugt, daß es nun richtig ist, einen Generationswechsel zu ermöglichen und diese Aufgabe in neue Hände zu legen« unterstreicht Anne Fellner ihre Entscheidung. So würde es schwer werden, wie sie betont, den Aufgaben der Zukunft mit der gewohnt hohen Tatkraft und Energie begegnen zu können.

Anne Fellner kehrt Anfang 2025 zunächst in ihre Ämter zurück, um die laufenden Prozesse zusammen mit Bürgermeister Götz Herrmann im Übergang zu gestalten, denn nach Aussagen der Baudezernentin »sind noch viele Bälle in der Luft, die es zu spielen gilt«.

»Ich bin sehr froh, daß Anne Fellner plant, am 2. Januar 2025 in das Rathaus zurückzukommen. Wir werden uns aufmachen, gemeinsam einen Übergang zu gestalten und ich bin dankbar, daß ihre jahrelange Erfahrung und Schaffenskraft noch so lange für unsere Stadt erhalten bleibt, wie es unsere Baudezernentin und Erste Beigeordnete für sich als richtig ansieht« so Bürgermeister Götz Herrmann.

Der Stern von Jena

CHRISTOPH DIECKMANN liest am 23. November zu Guten-Morgen-Eberswalde aus seinem Buch »Der Stern von Jena. Peter Ducke und ich« und berichtet von der kurvigem Laufbahn des ungewöhnlichsten Kickers der DDR. (mescal.de)

Neue Hauptsatzung **Obdachlosigkeit in Eberswalde**

Eberswalde (bbp). Wie üblich zu Beginn einer neuen Wahlperiode lag der Stadtverordnetenversammlung im November der Vorschlag für die Änderung der Hauptsatzung zur Entscheidung vor (nach Redaktionsschluß). Oskar Dietterle von der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur nutzte die Gelegenheit, um erneut sein Anliegen zur Stärkung der Einwohnerrechte für Einwohnerfragen einzubringen. Der Regelung zur Einwohnerfragestunde soll demnach wie folgt geändert werden: »Jede/r Frageberechtigte darf in einer Einwohnerfragestunde zu nicht mehr als drei Angelegenheiten Stellung nehmen oder Fragen stellen. Fragen, Anregungen und Vorschläge müssen kurz und sachlich gefaßt sein und sollen jeweils die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten.« Bisher waren zwei Angelegenheiten erlaubt mit einer Redezeit von jeweils drei Minuten.

Eberswalde (bbp). Im Sozialbericht des Landrates wurden im Barnimer Kreistag am 25. September die aktuellen Zahlen zur Obdachlosigkeit im Berichtszeitraum Januar 2024 bis April 2024 vorgestellt. In der Stadt Eberswalde waren 62 Personen als obdachlos registriert.

Im einzelnen waren 15 Familien (45 Personen), 10 Frauen und 7 Männer betroffen. Es wurden 8 Räumungen durchgeführt, 1 Familie und 7 Männer. 14 Personen wurden im Ordnungsamt vorstellig. Eine Obdachlosenunterkunft wurde zugewiesen und 7 Wohnungsräumungen angekündigt. Im Vergleich zu anderen Städten im Landkreis liegt Eberswalde bei der Obdachlosenzahl an der Spitze.

Der Stadtverordnete der CDU Dietmar Ortel nahm diese Informationen zum Anlaß für eine Anfrage in der Stadtverordnetenversamm-

lung am 17. Oktober. Er fragte, wo aktuell die Familien und Personen untergebracht sind und wie viele Wohnungen für Obdachlose in Eberswalde bereitgestellt werden und ob diese in einem bezugsfertigen Zustand sind.

Generell bittet er um die Einschätzung der Stadtverwaltung, ob ausreichende Kapazitäten für die Unterbringung von Obdachlosen in Eberswalde vorhanden sind. Eine weitere Frage lautet: »Welche Maßnahmen werden zur Eingliederung in das gesellschaftliche Leben für Arbeit und Beschäftigung unternommen, um Obdachlosigkeit zu verhindern?« Schließlich will der Stadtverordnete wissen, welche Leistungen Obdachlose in Eberswalde erhalten und wie diese Personen betreut werden. Eine Antwort lag zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.

Kalligrafie im Fenster



Foto: Nils Lönnes

Im Rahmen der Lese- und Veranstaltungstage vom 2. bis 24. November wurden bereits zum fünften Mal Schaufenster in der Bernauer Innenstadt mit Zitaten kalligrafisch in Szene gesetzt. Hierfür konnte erneut die Illustratorin, Kreativbuch-Autorin und Designerin Christin Stapff gewonnen werden, auf dem Foto zusammen mit Silvia Pyrlík.

NILS LÖNNES

Tausch- und Schenkläden

Eberswalde (bbp). Seit dem 8. November gibt es wieder einen Leih- und Schenkläden in Eberswalde. Das neue Domizil findet sich in der Goethestraße 18d/Ecke An der Friedensbrücke (in dem Gebäudekomplex, der einst als Stadthaus bekannt war, direkt gegenüber dem Heimatmuseum in der Adlerapotheke).

Wie gehabht soll der Leih- und Schenkläden in der Eberswalder Innenstadt ein »Ort zum Schenken, Leihen und Treffen« sein. Der Tausch-, Leih- und Schenkläden wird zunächst dienstags und mittwochs von 16 bis 19 Uhr geöffnet sein.

Ende des Mietenmoratoriums

Eberswalde (bbp). Die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) hat seit 2017 für die Bestandsmieter keine Mieten erhöht. Waren es 2018 und 2019 eher innerbetriebliche Gründe, die die WHG auf Mieterhöhungen verzichten ließ, lagen dem Mietenmoratorium seit 2020 politische Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bzw. im Einvernehmen mit den Stadtverordneten des Bürgermeisters als gesetzlicher Gesellschaftsvertreter der Stadt zugrunde.

Diese politische Einflußnahme auf die wirtschaftliche Tätigkeit der städtischen Gesellschaft wurde zunächst mit den Auswirkungen der Coronamaßnahmen und für 2023 schließlich mit den allgemeinen Kostensteigerungen infolge des Sanktionsregimes gegen Rußland im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg begründet.

Als das Mietenmoratorium für die Bestandsmieten bei der WHG Ende 2023 auslief, gab es weder vom Bürgermeister noch von

den Stadtverordneten Initiativen für eine Fortsetzung. Einerseits gab es bei der Energiepreisinflation im Laufe des Jahres 2023 eine leichte Entspannung, andererseits steht das städtische Unternehmen wie alle Wohnungsunternehmen selbst unter Kostendruck.

Nun sind die Kommunalwahlen vorbei und die ersten Bestandsmieter haben die Briefe mit der Ankündigung von Mieterhöhungen erhalten. Als Grundlage dient zunächst noch der alte Mietspiegel aus dem Jahr 2016. Von anderen Eberswalder Wohnungsgesellschaften hört man indes, daß sie Datenbanken vorbereiten, um künftig Vergleichswohnungen für Mieterhöhungen heranziehen zu können. Um dies zu verhindern, müßte die Stadt Eberswalde einen neuen Mietspiegel erstellen, der aber – sofern wie bisher nur die Neuvermietungen als Grundlage genommen werden – eher ein Mieterhöhungsspiegel wird. Notwendig wäre somit ein qualifizierter Mietspiegel unter Einbeziehung der Bestandsmieten.

Trinkwasserschutzgebiet in der Siedlung

Eberswalde (bbp). In der Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) fragte Oskar Dietterle (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) die Stadtverwaltung nach den Auswirkungen der Tatsache, daß die Clara-Zetkin-Siedlung sich zumindest zum Teil in einem Trinkwasserschutzgebiet befindet.

Nach Aussage der unteren Wasserbehörde seien daher in der Siedlung die Errichtung von Brunnen oder Grundwasserwärmepumpen nicht erlaubt. Der Stadtverordnete erinnert sich, daß noch in den 80er Jahren das Grundwasser so stark mit Nitraten belastet war, daß es für den Genuß durch Kleinkin-

dern im Alter bis zu einem Jahr nicht geeignet war. Oskar Dietterle fragte daher:

- Hat sich daran inzwischen etwas geändert?
- Wie hoch ist die Belastung des Grundwassers mit Nitraten und anderen Schadstoffen gegenwärtig?
- Während des Baus des Oder-Havel-Kanals sind große Wassermengen vom Kanal in die Siedlung gesickert. Wurde dieses Wasser auf Verunreinigungen geprüft? Wie lauten die Ergebnisse?
- Wer entscheidet darüber, ob ein Gebiet zu einem Trinkwasserschutzgebiet gehört und nach welchen Kriterien wird entschieden?

»Frischer Wind« für die Gemeinde Schorfheide

Im Gespräch mit dem Lichterfelder Gemeindevertreter Dr. ANDREAS STEINER

Sie sind im Juni auf der Liste der BVB/ Freie Wähler wieder in die Schorfheider Gemeindevertretung gewählt worden, haben sich aber jetzt mit Alexander Regling von der AfD zur Fraktion »Frischer Wind für Schorfheide« zusammengeschlossen. Wie kam es dazu?

Das hat eine Vorgeschichte. Bis zur Kommunalwahl bildeten Sven Weller und ich eine gemeinsame Fraktion mit ihm als Fraktionsvorsitzenden. Im Nachhinein gesehen waren diese Jahre durch politischen Stillstand gekennzeichnet. Seine fraktionsinternen Aufgaben erfüllte er nur ungenügend. Einladungen für die Fraktionssitzungen, an denen auch die Mitstreiter der Freien Wähler Schorfheide teilnehmen konnten, wurden unregelmäßig verschickt, meist fehlte eine Tagesordnung und es gab keine Protokolle. Unsere Fraktion wurde nicht als Opposition wahrgenommen. Sein Agieren sehe ich als Kuschelkurs mit der Verwaltung. Seine Aufgaben als Kontrollorgan und kritischer Gemeindevertreter blieben unerfüllt. Über Absprachen mit der Verwaltung wurde ich als sein einziger Fraktionskollege oft nicht informiert.

Die Kommunikationsdefizite spitzten sich in unserer konstituierenden Fraktionssitzung am 15. September zu. Mit mehrheitlicher Unterstützung unserer Mitstreiter beanspruchte ich – in der Absicht, die Freien Wähler Schorfheide organisatorisch und politisch wieder in ein gutes Fahrwasser zu lenken – den Fraktionsvorsitz. Sven Weller wies alle Kritik von sich und bestand kompromißlos auf dem Fraktionsvorsitz und ein »Weiter so« unter seiner Führung. Das konnten wir nicht mehr mittragen. Der Vertrauensverlust besiegelte die Auflösung der Fraktion.

Mir war natürlich klar, daß ich als fraktionsloser Gemeindevertreter nun von der Ausschußarbeit ausgeschlossen war. Der Anschluß an eine bestehende Fraktion kam für mich nicht in Frage. Somit blieb nur eine mögliche Zusammenarbeit mit dem ebenfalls fraktionslosen Alexander Regling. Es folgten intensive Gespräche unter Beteiligung und Einbindung der meisten Mitstreiter von BVB/Freie Wähler Schorfheide. Natürlich standen politische Inhalte im Mittelpunkt. Aber mindestens genauso wichtig war die zwischenmenschliche Übereinstimmung. Wir stellten große inhaltliche Übereinstimmungen der Ziele fest und waren uns einig, daß die Kommunalpolitik ideologiefrei und inhaltlich sachorientiert sein soll und keine Brandmauern gesetzt werden sollen. Auch nicht zu den anderen Fraktionen in der Gemeindevertretung. Herr Regling machte in den Gesprächen auf uns einen sehr guten Eindruck. Er ist mit 38 Jahren noch jung, hat die Power und den Mut für Veränderungen und (noch) eine große Porti-

on Idealismus, auf kommunaler Ebene etwas zu verbessern. Somit wurde am 10. Oktober die neue Fraktion gegründet.

Werden Sie jetzt BVB/Freie Wähler verlassen und sich der AfD anschließen?

Ich habe derzeit nicht die Absicht, BVB/Freie Wähler zu verlassen. Mich gegebenenfalls auszuschließen, überlasse ich deren Gremien. Dem sehe ich gelassen und ohne Groll entgegen. Die Unvereinbarkeitsklausel des Landesvorstandes ist eine selbst gesetzte Fessel, die sie nun eben durchsetzen müssen. Das finde ich bedauerlich. Diese Abschottung wird BVB/FW nicht guttun.

Ich werde weder der AfD noch einer anderen politischen Organisation beitreten, sondern als freier Kommunalpolitiker wie bisher meinen Überzeugungen und meinem Gewissen verpflichtet tätig sein.

Alexander Regling und ich möchten die politische Struktur in der Schorfheide vernünftig aufbauen und viele fähige und kritische Menschen gewinnen. Es sind immer mehr Menschen mit der politischen Lage in unserem Land unzufrieden. Sie wollen Verbesserungen, nicht nur auf Europa-, Bundes- und Landesebene, sondern auch in den Kommunen.

Hier geht es um die Verschwendung von finanziellen Mitteln für Prestigeprojekte, die dazu beigetragen haben, daß die Gemeinde Schorfheide eine Haushaltssperre verhängen mußte, während dringend erforderliche Sanierungen der Infrastruktur in den Dörfern zeitlich aufgeschoben wurden. Filz und Kungeleien zum Schaden der Mehrheit sind noch ein ganz anderes, weites Feld.

Was halten Sie von der Forderung des BVB/FW-Landesvorstandes, die Bildung Ihrer Fraktionsgemeinschaft zu widerrufen?

Netter Versuch. Mir war natürlich im Vorfeld klar, daß ich mit der Fraktionsgemeinschaft »Frischer Wind für Schorfheide« und der künftigen Zusammenarbeit mit einem AfD-Gemeindevertreter bei einigen Menschen Sturm ernten werde. Von den meisten Bürgern (gefühlte achtzig Prozent) bekam ich für meine Entscheidung jedoch Beifall.

Ich bin jetzt zum vierten Mal in die Gemeindevertretung Schorfheide gewählt worden, habe eine mehr als 20jährige Erfahrung in der Kommunalpolitik und schon einige Stürme ausgehalten.

Bevor ich Schorfheider wurde, habe ich mit Mitstreitern seinerzeit die Rodung von über 700 alten Alleebäumen zwischen Rüdnitz und Darnowitz verhindert. Es sollte eine unsinnig breite Kreisstraße mittels Verpressen von EU-Fördermitteln für grenzüberschreitenden Verkehr (Anmerkung: es ist eine Dorfverbindungsstraße)

gebaut werden, der die Bäume im Weg waren. Wir gewannen vor zwei Verwaltungsgerichten gegen den Landkreis Barnim. Die Bäume stehen heute noch.

Zusammen mit den Linken und Sozialverbänden gehörte ich mit Carsten Zinn zu den Erstunterzeichnern der Volksinitiative zum Sozialticket Brandenburg. Desweiteren kämpfte ich in einer Bürgerinitiative erfolgreich gegen den Bau der Sondermüllverbrennungsanlage Theo Steil in Eberswalde. Um nur einiges zu nennen.

Will man in der Politik nicht mit dem Strom schwimmen, um sich als Aktenkofferträger nach oben zu dienen, sondern Werte vertreten, muß man Stürme aushalten können.

Der BVB/FW-Kreissprecher hat Sie zur Mandatsniederlegung aufgefordert. Folgen Sie dieser Forderung?

Nein. Auch das ist nichts anderes, als ein netter Versuch der Ohnmächtigkeit. Ich bin von Bürgern als Person gewählt worden, nur das ist relevant. Wenn ich beabsichtigt hätte, nach den negativen Erfahrungen der letzten fünf Jahre die Kommunalpolitik an den Nagel zu hängen, hätte ich nicht nochmal kandidiert – und schon gar nicht eine neue Fraktion mit einer Zukunftsaussicht gegründet.

BVB/Freie Wähler entstanden als basisdemokratische Bürgerbewegung, die sich auf sach- und lösungsorientierte Politik, insbesondere im kommunalen Bereich (»nah am Bürger«) konzentrierte. Das »frei« stand für politische Unabhängigkeit und Freiheit von ideologischen Zwängen. BVB/Freie Wähler stand für Transparenz, Bürgerbeteiligung und eine pragmatische Herangehensweise für die Lösung lokaler Anliegen und Probleme. Die Unabhängigkeit von traditionellen Parteistrukturen war Programm.

Vor diesem Hintergrund erfülle ich mit meiner Handlungsweise den Auftrag von BVB/Freie Wähler voll und ganz. Mit seiner Entscheidung will der Landesvorstand mir als gewählten Gemeindevertreter vorschreiben, mit welcher Partei oder Organisation – und in meinem Fall konkret – mit welchem »politischen Menschen« ich auf kommunaler Ebene zusammenarbeiten darf.

Man kann durchaus eine differenzierte Meinung zur AfD haben, jedoch ist sie eine zugelassene, wählbare Partei, die zudem, gerade hier in Schorfheide, bei der Kommunalwahl 2024 einen beträchtlichen Anteil der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Mein Fraktionskollege Alexander Regling hat 22,1% der Wählerstimmen erhalten. Mit der Fraktionsbildung erhält nun durch Alexander Regling fast ein Viertel der Wähler eine indirekte Stimme der Mitwirkung in den Ausschüssen. So sieht Demokratie aus.

Wenn ich sterben muß



Wenn ich sterben muß
mußt du leben
um meine Geschichte zu erzählen
meine Sachen zu verkaufen
um ein Stück Stoff zu kaufen
und ein paar Schnüre für den Drachen
mach ihn weiß und mit einem langen Schwanz
so daß ein Kind in Gaza
beim Blick in das Auge des Himmels
wo es seinen Vater erwartet
der es in einem Feuer grußlos verlassen hat
nicht sein Fleisch
nicht einmal ihn selbst –
sondern den Drachen sieht
meinen Drachen, den du gemacht hast
wenn er hochfliegt
um die Liebe zurückzubringen
Wenn ich sterben muß
soll es Hoffnung bringen
soll es eine Geschichte sein

REFAAT ALAREER

(Übersetzung aus dem Englischen
ins Deutsche von Hartmut Lindner)

Das Foto bezieht sich auf den im gegenwärtigen
Krieg in Gaza getöteten Dichter Refaat Alareer.

In 13 Monaten Krieg

Vor einem Jahr überwandten mehr als 1.000 Kämpfer der Hamas und ihrer Verbündeten von Gaza aus die stark befestigte Grenze nach Israel. Soweit bekannt starben auf israelischer Seite 384 Soldaten oder andere Militärangehörige sowie 815 Zivilisten, 251 Menschen wurden als Geiseln genommen.

Die israelische Armee reagierte mit brachialer Gewalt. In 13 Monaten (Stand 5.11.24) starben im Gaza-Streifen 43.391 Menschen und 102.347 wurden verwundet. Hinzu kommen 736 getötete und 5.500 verletzte Palästinenser im Westjordanland. Die IDF verlor in Gaza weitere 368 Gefallene und 2.394 Verwundete.

Inzwischen hat Israel auch sein nördliches Nachbarland überfallen. Allein in den ersten beiden Wochen starben mehr als 2000 Menschen. Die israelische Armee behauptet, 250 Hisbollah-Kämpfer »liquidiert« zu haben. Demnach kommen hier auf einen Soldaten 7 getötete Zivilisten – trotz der gezielten Ermordung fast der gesamten Hisbollahführung und

8 | dem Pager-Terror.

(gm)

Streit um ein Kreuz

YOEL SHINAR berichtet in der israelischen Tageszeitung Haaretz (25.10.2024) über den Streit um die Gestaltung eines Soldatengrabs in Haifa:

»Im Dezember 2023 verlor Haifa vier heldenhafte und ausgezeichnete Jungs, die auf einem Soldatenfriedhof beigesetzt wurden. Als Mitglied des Stadtrats nahm ich an der Beerdigung von DAVID BOGDANOVSKI, 19, teil, der beim Kampf in Gaza getötet worden war.« Seine Eltern wünschten, daß sein Grab mit einem Grabkreuz versehen werde, denn David Bogdanovskis war russisch-orthodoxer Religion. Der Wunsch der Eltern führte zu einem erbitterten Streit in Haifa. Ein Kreuz auf einem jüdischen Soldatenfriedhof? – Undenkbar!

Die Leserkommentare auf der Homepage von Haaretz beleuchten nicht nur diesen Konflikt, sondern auch die Problematik eines »jüdischen Staats«.

Leser »Mo« wendet sich gegen die Heroisierung des getöteten Soldaten, »der starb, während er sich an einem Genozid beteiligte. Welche Schande für die Menschheit. Möge seine Seele in der Hölle braten.«

Leser »J« kontert sofort den Vorwurf des Genozids: »Es sind 50 muslimische Staaten, die Israel von der Landkarte wischen möchten und mit ihnen die jüdische Bevölkerung.«

Leser »CV« erinnert angesichts dieser Lektüre daran, daß es »Gott nicht gibt, egal welcher Geschmacksrichtung«. Ihm stellt sich die Frage, wie es einem Christen gelingen konnte auf der Basis des »Rückkehrgesetzes für Juden« nach Israel zu kommen und die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten.

»J« klärt die Rechtslage, Nachkommen ersten Grades von Juden haben auf der Basis des Rückkehrrechts Anspruch auf Einreise in Israel und die israelische Staatsbürgerschaft.

»Dennis J. Salomon« kommt auf die Ausgangsfrage zurück und versichert, daß ein christliches Kreuz auf dem Grab eines »tapferen Soldaten« sehr wohl angebracht sei.

SPD-Kriegshetzer Michael Roth geht

Neben dem Kriegsminister Pistorius hat die SPD einen zweiten Kriegshetzer in ihren Reihen, der keine Gelegenheit versäumt, nach mehr Rüstungsausgaben, mehr Waffen für die Ukraine und mehr »eigenem Engagement« in Sachen Krieg zu rufen. Sein Name: MICHAEL ROTH, aktuell noch Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Am 6. November erklärte Roth gegenüber dem Spiegel »zum Trump-Schock« auf die Frage, ob »die Ukraine der größte Verlierer dieser US-Wahl« sei, daß er sich nicht sicher sei, was Trump eigentlich will. Der habe erklärt, er wolle den Krieg innerhalb von 24 Stunden beenden. »Aber wenn wir das nicht wollen, weil es auf einen Diktatfrieden hinausläuft, dann

»Liam« verweist darauf, daß die meisten jungen Soldaten gegen ihren Willen zum Armeedienst gezwungen werden. Seine Tochter hat den Armeedienst verweigert wie ein halbes Dutzend ihrer Freunde auch, die er kennt. Er versichert: »Keines meiner Kinder wird ein Handlanger für Tod und Mord.«

»Shena« findet es empörend, daß vor allem orthodoxe Juden, die es ablehnen in der Armee zu dienen, sich so lautstark und entschieden gegen das Grabkreuz auf dem Soldatenfriedhof äußern.

»Davidovitch«: Es gehe hierbei nicht um Religion, sondern um den demokratischen (und jüdischen) Staat, um Humanität, Respekt und Würde. »Jeder Tote sollte so beerdigt werden, wie er gelebt hat. David war ein Christ und kämpfte für Israel, also muß er gemeinsam mit seinen Kampfgenossen begraben werden. Die jüdische Orthodoxie darf niemals über das Leben der ... Bürger bestimmen.«

Was sofort zu der Replik führt: »Aber sie tut es und man weiß es. Die jüdische Orthodoxie ist Staatsreligion und betrifft auch die säkularen Juden, wie auch die konservativen oder reformierten Juden... indem es deren Eheschließungen nicht anerkennt... Soviel zum jüdischen (und demokratischen) Staat, dessen Charakter hier falsch dargestellt wird.«

Das ist eine Auswahl der Kommentare, die das ganze Spektrum der Meinungsäußerungen abbildet, die sich nicht scheuen auch mal ins Grundsätzliche zu gehen.

Angesichts der Tatsache, daß die vielen Opfer der israelischen Armee in Gaza, sofern sie überhaupt geborgen werden können, in Massengräbern beigesetzt werden, erscheint die erbitterte Diskussion über ein Grabkreuz auf einem Soldatengrab im Haifa absurd.

(Zusammengestellt von HARTMUT LINDNER)

müssen wir den USA jetzt Folgendes anbieten: »Wir sind bereit, die komplette Unterstützung der Ukraine finanziell zu schultern, wir sind bereit, Waffen aus den USA für die Ukraine zu kaufen. Das ist unser Angebot.«

Da ist man erstmal baff. Die größte Militärmacht der Welt erkennt, daß der Krieg gegen Rußland nicht zu gewinnen ist – und ein hiesiger Möchtegern sagt »Wir übernehmen«.

Aber es gibt Hoffnung. Wie es heißt, will sich Roth zum Ende der aktuellen Wahlperiode – nach dem vorzeitigen Ampelbruch also im März – aus der Politik zurückziehen. Gut so. Ein Kriegshetzer weniger und ein kleines Quentchen Hoffnung für die SPD.

GERDA HENKEL

NATO-Manöver im Jahr 2025 weiter

Mit der Übung *Poseidon 2024*, die Anfang November in den Hoheitsgewässern und der ausschließlichen Wirtschaftszone Bulgariens stattfand, neigt sich die Manöverserie der NATO in diesem Jahr langsam dem Ende zu.

Dabei handelte es sich bei dieser Seeübung, an der Schiffe aus Bulgarien und Rumänien teilnahmen, eher um eine Demonstration der NATO-Flagge in der Region, die sich aber trotz der relativen Geringfügigkeit in die erhöhte Intensität der Bündnisübungen einreicht.

Diese erhöhte Intensität der NATO-Manöver wird auch im Jahr 2025 anhalten. Mehrere Manöver an der NATO-Ostflanke in Europa – also in der Nähe der russischen und belorussischen Grenze – sind bereits bekannt:

Richtung Süden

- *Dacia Frühling* 10.-25. Februar (Rumänien) – Übung des Einsatzes von Kampfgruppen der verstärkten Vorwärtspräsenz der NATO;
- *Sea Shield* 25. März – 25. April (Rumänien, Schwarzes Meer) – Marineübungen, bei denen die Wiederherstellung der Kontrolle über die Seekommunikation geübt wird;
- *Säbelwächter* 14. – 30. Mai (Bulgarien, Ungarn, Nordmazedonien, Rumänien) – Gefechtsstandübungen mit Ausbildung im Bereich der Elemente der kollektiven Verteidigung;

- *Sea Breeze* 15. Juni – 15. Juli (Schwarzes Meer) Marineübungen.

Richtung Norden

- *Joint Viking* vom 17. bis 28. März (Norwegen) – kombinierte Operationen auf taktischer Ebene;
- *Arctic Challenge* 1. April – 30. Juni (Schweden) multinationale Luftübungen Finnland, Norwegen, Schweden und Dänemark;
- *Igel* 5.-23. Mai (Estland) – Erhöhung der Einsatzbereitschaft und Effizienz der Einheiten Estland, Dänemark, Frankreich und ihre Verbündeten aus der eFP-Kampfgruppe.

Zentrale Richtung

- *Defender Europe* 1. - 30. Juni (EU)-Übung für den Einsatz von Bodentruppen aus den Vereinigten Staaten im Zuständigkeitsbereich des US European Command (USEUCOM)
- *BALTOPS* 3.-21. Juni NATO-Marineübungen im Baltikum.

An den meisten dieser Kriegsübungen werden sich auch Truppen der deutschen Bundeswehr beteiligen.

LLANE KILINC

Lithiumvorkommen im Donbass:

Warum nicht Handel statt Krieg?

ANTON HOFREITER, die oder der Strack-Zimmermann der Bündnisgrünen, redete wie zuvor der CDU-Falke RODERICH KIESEWETTER Klarheit, warum es im Ukrainekrieg eigentlich geht. Der Donbass verfügt über umfangreiche Lithiumvorkommen, die für die Entwicklung der erneuerbaren Energien – also für die sogenannte »grüne Wende« – unerlässlich sind.

Es liege »massiv in unserem eigenen ökonomischen Interesse«, erklärte Hofreiter gegenüber MARKUS LANZ im ZDF. Die russische Armee kämpfe aktuell darum, »eines der größten Lithiumvorkommen in Europa unter ihre Kontrolle zu bekommen«. Was natürlich nicht sein darf. Daneben gibt es dort Titan sowie weitere wertvolle Mineralien. Die Ukraine mit dem Donbass könnte damit die Rohstoffabhängigkeit der EU stark lindern.

Doch der Krieg um diese Rohstoffe kostet enorm viel Geld. Bundeskanzler OLAF SCHOLZ wies jüngst darauf hin, daß das Budget mancher Bundesländer und einiger Ministerien unter dem liegt, was aktuell an Hilfen für die Ukraine, einschließlich der Unterbringung der Flüchtlinge aufgewendet wird. Die Priorität Krieg bedeute, so Scholz, »daß man dann Entscheidungen treffen muß, daß wir Straßen nicht ausbauen, daß Schulen nicht weiter entwickelt werden, daß wir in die Forschung nicht investieren. Daß wir nichts tun können für

Wirtschaft und Arbeitsplätze.« Von Scholz sind das ziemlich neue Töne.

Sollten ökonomische Realitäten tatsächlich die künftige Politik bestimmen? Erfolgreich Krieg um die Rohstoffe zu führen ist aktuell faktisch aussichtslos. Rußland braucht das Lithium im Donbass nur bedingt selbst, da es über eigene Vorkommen verfügt, die zum Teil bereits erschlossen sind. Um die Lithiumvorkommen im Donbass zu erschließen – egal unter welcher Staatshoheit sie sich befinden – sind erhebliche Investitionen notwendig. Für die EU-Länder wäre es letztlich unerheblich, welcher Staat über diese Vorkommen verfügt. Nötig sind nur halbwegs freundschaftliche Beziehungen zu diesem Staat.

Zumindest für die BRD und die restliche EU dürfte es wesentlich billiger sein, die Schürfrechte handelsrechtlich zu erwerben, als einen aussichtslosen Krieg darum zu führen. Bei all dem zerbrochenen Porzellan ist das ein schwieriger Weg. Aber vielleicht ein möglicher.

Wenn das Scholz – bzw. der Teil des deutschen Kapitals, den er repräsentiert – verstanden hat, gibt es möglicherweise Hoffnung. Hoffnung auf einen Frieden in der Ukraine und vielleicht sogar Hoffnung auf eine politische Zukunft für Olaf Scholz.

GERD MARKMANN

NATO-Aufrüstung

Die NATO will 49 zusätzliche kampffähige Brigaden aufstellen und damit ihre Zahl auf 131 erhöhen, berichtete Anfang Oktober das Springerblatt *Welt am Sonntag* (*WamS*) unter Berufung auf die von US-General CHRISTOPHER CAVOLI und dem französischen Admiral PIERRE VANDIER vorgelegten sogenannten Minimum Capability Requirements (MCR).

2021 seien 82 kampfbereite Brigaden als ausreichend angesehen worden. Der Großverband einer Brigade umfaßt in der Bundeswehr jeweils rund fünftausend Soldaten. Es wird darauf hingewiesen, daß zur Verwaltung und Unterstützung dieser Truppen die Zahl der Kampfkorps von sechs auf fünfzehn und die der Divisionshauptquartiere von 24 auf 38 erhöht werden sollte. Darüber hinaus plant das Bündnis, die Zahl der Luftverteidigungseinheiten um das Fünffache zu erhöhen – von 293 auf 1.467. GERDA HENKEL

Die Sektsteuer

»Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser«

Seit Oktober haben wir dank Herrn Pistorius ein Marine-NATO-Kommando in Rostock, geführt von einem deutschen NATO-Admiral und einem polnischen Vize-Admiral unter Beteiligung von 10 weiteren Nato-Staaten der Ostsee-Anrainer! (Was hat der wohl vorher geraucht?) Finanziert werden kann das durch die Sektsteuer.

Loriots Großcousin (x-ten Grades), Reichskanzler BERNHARD VON BÜLOW (1849-1929), führte 1902 auf Weisung von WILHELM II. zur Finanzierung der Marineaufrüstung gegen England diese Sektsteuer ein, um den Lehrsatz des kriegsaffinen Hohenzollern-Kaisers: »Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser« in finanzpolitische Realität umzusetzen.

Nachdem die Russische Föderation die Verletzung des Zwei-plus-vier-Vertrages, Artikel 3, zur deutschen Vereinigung rügte, vergeht kein Tag, ohne daß der »Marine-Minister« erklärt, daß es sich um eine »rein-deutsche Einrichtung« handelt. Die Anwesenheit von nicht-deutschen NATO-Offizieren habe natürlich nichts mit einem NATO-Kommando zu tun – was für eine Logik.

Der Zwei-plus-vier-Vertrag verbietet (a.a.O.) die Errichtung von NATO-Kommando-Strukturen auf ehemaligem DDR-Territorium.

Auch die kürzlich offenkundig gewordene Anwesenheit deutscher Soldaten zur Unterstützung des Militärs in der Ukraine (siehe »Business Insider«) ohne Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf noch einer Erklärung hinsichtlich der Nichtbeteiligung am Krieg: Unsere Zukunft liegt wohl bei Herrn Pistorius nicht nur auf dem Wasser.

BERND C. SCHUHMANN | 9

Ganzheitliche Ernährung (44)

Schon William Shakespeare wußte, wie wichtig der Schlaf ist. So heißt es in Macbeth: »Schlaf ist das nahrhafteste Gericht beim Fest des Lebens«. Oftmals schlafen wir zwischen sechs und acht Stunden täglich. Daraus ergibt sich, daß wir ein Viertel bis ein Drittel unseres Lebens mit schlafen verbringen.

Ein gesunder und erholsamer Schlaf ist aus vielen Gründen für uns wichtig. So hält ein gesunder Schlaf den Blutdruck langfristig konstant, was für die Gesundheit unseres Herzens äußerst wichtig ist. Auch das Immunsystem profitiert davon, wenn wir gut schlafen. Nur bei einem ausgeschlafenen Menschen sind die Immunzellen in der Lage, Krankheitserreger entsprechend effektiv zu bekämpfen. Wie Sie vielleicht schon selber festgestellt haben, ist die Leistungsfähigkeit am Tage deutlich besser, wenn wir gut geschlafen haben. Auch das Unfallrisiko wird drastisch reduziert. Die Wissenschaft geht ferner davon aus, daß der Schlaf uns dabei hilft, unsere Emotionen zu verarbeiten.

Oft ist eine schlechte Schlafqualität die Folge anderer körperlicher oder psychischer Krankheiten. Bei den nicht organischen Schlafstörungen unterscheidet die ICD-10 (internationale statistische Klassifikation der Krankheiten) drei Typen: 1. die Insomnie, hierunter fallen Ein- und Durchschlafstörungen sowie das zu frühe Erwachen. Typ 2 ist die sogenannte Hypersomnie, also die übermäßige Schläfrigkeit, die aber nicht auf eine zu geringe Schlafdauer zurückgeführt werden kann. Typ 3 sind die Parasomnien, darunter versteht man die Unterbrechung des Schlafes durch z.B. Alpträume oder Schlafwandeln.

Als Ursachen von nicht organischen Schlafstörungen kommen z.B. Drogen und Genußmittel wie Koffein und Alkohol sowie Medikamente wie Antidepressiva, Antibiotika und Blutdrucksenker in Betracht. Aber auch ungünstige Schlafgewohnheiten (falsche Matratze, zu warmes Schlafzimmer etc.) können zu Schlafstörungen führen. Auch Wut, Ärger und Streß stören einen erholsamen Schlaf. Ebenso können uns quälende Gedanken oder auch Kopfschmerzen am Einschlafen hindern. Schichtarbeit verhindert oft einen guten Schlaf, wie uns auch Lärm den kostbaren Schlaf rauben kann.

Allerdings sind wir nicht gleich krank, wenn wir mal schlecht geschlafen haben. Von einer Schlafstörung spricht die ICD-10 dann, wenn wir an mindestens drei Tagen pro Woche und das über einen Zeitraum von mindestens vier Wochen schlecht geschlafen haben, so daß unsere Leistungsfähigkeit und unsere Lebensqualität darunter erheblich leiden.

Im nächsten Teil geht es um die richtige Ernährung bei Schlafstörungen.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Wie ich zum Kinderbuchautor wurde...

Als ungewolltes, uneheliches Kind in den 50er-Jahren geboren, beschlossen meine Erzeuger, mich ins Kinderheim zu geben. Aber Omi und Opa verhinderten dieses Schicksal und entschieden sich, mich großzuziehen. So kam ich in das wärmste, liebevollste Zuhause, was sich ein Mensch nur wünschen konnte.

Das Leben war einfach und arm, doch reich an Liebe und Wärme. Sie lehrten mich, das Gute zu erkennen, und schafften es schließlich mit ihrer unendlichen Liebe, daß ich wieder Menschen vertraute und selbst lieben konnte. Seit ich denken kann, liebe ich Tiere über alles, denn niemals hat mich ein Tier enttäuscht oder verletzt. Also brachte ich jeden Streuner, den ich traf, mit nach Hause. Da war es auch nicht verwunderlich, daß in meinem Kinderzimmer mitunter Schmetterlinge und Maikäfer flogen und im Terrarium die Frösche quakten.

So sehr wünschte ich mir eigene Kinderbücher, doch leider waren die Menschen arm und brauchten das wenige Geld für Kleidung und Lebensmittel. Aber Opa brachte mir eines Tages von einer Dienstreise zwei Kinderbücher mit, »DAS KATZENHAUS« und »DAS WOLKENSCHAF«. Diese Bücher waren mein größter Schatz und ich habe sie wohl im Laufe der Jahre 1000-mal gelesen.

Die Jahre vergingen und auch meine Bücherregale füllten sich allmählich. Mein größter Berufswunsch, Tierärztin zu werden, zerbrach sich bereits im zweiten Semester durch einen Unfall. Infolge dessen wurde ich umgeleitet in Richtung Labordiagnostik und machte mein Diplom in der Mikrobiologie. Auch diese Arbeit war sehr interessant und ich liebte es, auch diese Lebensformen wie Bakterien, Pilze und Viren kennenzulernen.

Irgendwann hatte ich eine eigene Familie und überschüttete meine Kinder mit Dingen, von denen ich immer träumte, auch Kinderbücher. Oft war ich unzufrieden und wünsch-

Kindertheater in Joachimsthal:

Bei der Feuerwehr wird der Kaffee kalt

Am Samstag, dem 23. November, kommen die Uckermärkischen Bühnen nach Joachimsthal in den Heidekrug mit ihrem Theaterstück »Bei der Feuerwehr wird der Kaffee kalt«, basierend auf dem Kinderbuch-Klassiker von Hanne Hüttner. Es wird zwei Vorstellungen gegeben: um 13 Uhr und um 15.30 Uhr.

Das Stück erzählt vom turbulenten Alltag einer Feuerwache: Löschmeister WASSERHOSE und seine Kollegen wollen gerade eine wohlverdiente Pause machen und gemütlich ihren Kaffee trinken, da klingelt das Telefon: Bei Oma EIERSHECKE brennt es! Natürlich ist die Feuerwehr sofort zur Stelle. Zum Glück können die tapferen Feuerwehrleute gemeinsam



FOTO: BERTRAM GUSOWIUS

Am 1. September bot Martina Wiemer ihre elf bisher veröffentlichten Kinderbücher auf dem Eberswalder Marktplatz an.

te mir, selbst Geschichten zu schreiben. Doch leider reichte die Zeit nicht dafür.

Mein Arbeitsleben war meist abwechslungsreich, interessant und wunderschön, denn eigentlich hatte ich mein Hobby zum Beruf gemacht. Für diese Möglichkeit war und bin ich unendlich dankbar. Doch nun war die Zeit gekommen, eine neue Tür zu öffnen, und ich begann mit dem Schreiben. Begonnen habe ich mit meiner Biografie und bald folgten die ersten Kinderbücher. Inzwischen sind es elf, das zwölfte ist in Arbeit und ständig schwirren mir neue Geschichten im Kopf herum. Ein großer Glücksumstand ist, daß ich zwei wundervolle Frauen dafür begeistern konnte, meine Geschichten mit ihren wunderschönen Zeichnungen lebendig werden zu lassen. Zum einen ist es INES KLISCH, die bereits für einen Kinderbuchverlag gezeichnet hat, zum anderen KARIN RAST, die unter anderem mit ihren Illustrationen eine echte Bereicherung für die Märkische Oderzeitung, bei der sie arbeitet, geworden ist. Die Zusammenarbeit mit diesen Frauen genieße ich und hoffe, daß noch viele, schöne Kinderbücher entstehen werden. Zum Andenken an meine großartigen, liebevollen Großeltern veröffentliche ich meine Bücher unter ihrem Namen: »KAY«.

MARTINA WIEMER

das Schlimmste verhindern und das Feuer löschen. Aber kaum sitzen sie wieder in der Feuerwache und holen ihre Kaffeetassen raus, ruft das Telefon schon zum nächsten Einsatz: Herr KAZZERS Katze ist in einen Brunnen gefallen. Also geht es für Löschmeister Wasserhose und sein Team wieder los! Und der Kaffee? Der wird immer kälter ...

Karten kosten 14,50 Euro für Erwachsene und 7 Euro für Kinder. Im Vorverkauf sind sie unter www.heidekrug.org erhältlich.

RUTH BUTTERFIELD

BVB/FW: »Letzte Rache der Grünen«

In einem besonders dreisten Manöver hat das LANDESAMT FÜR UMWELT vor wenigen Tagen die Genehmigung für sieben Windräder zwischen Börnicke und Löhme erteilt.

Im sogenannten Windeignungsgebiet 38 waren zehn Windräder vorgesehen. Der geringe Abstand zur Wohnbebauung, die geplante Errichtung von zwei Anlagen im Wald und die massive Beeinträchtigung der Tierwelt führten zu einem umfassenden und fachlich fundierten Protest der Einwohner.

Dieser zeigte insoweit Wirkung, als daß immerhin drei Anlagen in der nun erteilten Genehmigung gestrichen wurden. Jedoch erweckt das Vorgehen der Genehmigungsbehörde den Eindruck einer Nacht-und-Nebel-Aktion. Die Genehmigung wurde exakt einen Tag vor Inkrafttreten des neuen Regionalplans erteilt. Nach Einschätzung von Fachleuten hätte dieser zwei weitere Anlagen (unter anderem eine im Wald) verhindert, man wäre also bei fünf von zehn. Durch die Erteilung der Genehmigung einen Tag bevor die neue Rechtslage in Kraft tritt, schaffte das noch grünengeführte Ministerium Fakten.

Noch im August wurde die Akteneinsicht in weiten Teilen mit der Begründung verwehrt, daß es ein laufendes Verfahren sei, bei dem man nicht wisse, wann es endet. Schon damals haben wir gewarnt, daß die Landesbehörde versuchen könnte, dem Regionalplan zuvorzukommen. Nun wissen wir, daß dem so ist. Es ist die letzte Rache der Grünen. Erneut werden die finanziellen Interessen der Investoren vor die Anwohnerbelange gestellt.

BVB/Freie Wähler wird daher die Bürgerinitiative bei einer möglichen Klage gegen den Genehmigungsbescheid unterstützen. Erst im Frühjahr mußte die Landesregierung auf eine umfassende parlamentarische Anfrage hin diverse umwelt- und planungsrechtliche Probleme einräumen.

Die Reduzierung auf sieben Anlagen zeigt, daß sich fachkundiger Protest lohnt. Deswegen machen wir auch weiter. Gerade die Beeinträchtigung des Waldes und der Landschaft werden wir nicht hinnehmen.

PÉTER VIDA, BVB/Freie Wähler Bernau
KRISTIN NIESEL, Unabhängige
Wählergemeinschaft Werneuchen

Fahrradtour zum »Offenen Windrad«

Am 12. Oktober hatte der DACHVERBAND DER REGIONALPARKS IN BRANDENBURG UND BERLIN e.V. zu einer Fahrradtour zum »Tag des offenen Windrads« eingeladen. Die rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer starteten um 10 Uhr zu einer etwa 13 km langen Strecke, die auf zwei Teilstücken entlang des Radrings »Rund um Berlin« verlief.

Begleitet wurden sie von den beiden Tourenleitern Martin Büttner vom GEMEINSCHAFT WERNEUCHEN e.V. und Hans-Joachim Legeler vom ALLGEMEINEN DEUTSCHEN FAHRRAD-CLUB (ADFC) in Bernau. Mario Grupp, technischer Betriebsführer der AIRWIN GmbH, gewährte den Interessierten Einblicke in eine Windkraftanlage. Es handelte sich um eine Vestas-Anlage mit einem Rotordurchmesser von 126 m, einer Nabenhöhe von 137 m und einer Nennleistung von 3,45 MW. Die rund acht Jahre alte Anlage produziert jährlich ca. 8.000 MWh, was etwa dem Stromverbrauch von 2000 Haushalten entspricht.

Vor Ort standen die Auswirkungen der Rotorblätter auf die Vogelwelt im Fokus. Viele Gäste meinten, daß ein Zusammenhang zwi-

schen Vogelsterben und Windkraftanlagen bestünde. Mario Grupp erklärte dazu: »Seit etwa zwei Jahren gibt es hohe Auflagen durch den Gesetzgeber, an die sich die Betreiber von Windkraftanlagen halten müssen. Diese Anlage verfügt beispielsweise über eine automatische Schatten-, Eis- und Fledermausabschaltung. Es gibt bereits weitere Entwicklungen, um Vögel besser vor Rotorblättern zu schützen, wie das zeitweise Abschalten ganzer Windparks bei landwirtschaftlichen Arbeiten oder dem Überflug von Vogelschwärmen.« Ein Zuschauer konnte die Abschaltung für Fledermäuse aus seiner Beobachtung bestätigen. Jan Buchner vom NATURPARK BARNIM wies zudem auf andere Faktoren für das Vogelsterben hin wie das Verschwinden von Lebensräumen oder die Verdrängerung des Nahrungsangebotes.

Ein weiteres wichtiges Thema war der Rückbau der Windräder nach etwa 20 Betriebsjahren. Mario Grupp dazu: »Die Türme dieser Anlage bestehen aus Stahl, der gut verwertet werden kann. Die Rotorblätter sind dagegen aus Mischmaterial, welches schwieriger zu recyceln ist. Die Kosten für den Rückbau und die Entsorgung sind allerdings im Vorfeld durch die Betreiber abgesichert.« Ein Zuschauer merkte an, daß es bereits Entwicklungen gibt, die Rotorblätter alternativ aus Holz herzustellen.

SABINE BÜTTNER



FOTO: MARTIN BÜTTNER

Wald bleibt Klimaschützer

Am 14. Oktober stellte der scheidende Forstminister Axel Vogel die Ergebnisse der Bundeswaldinventur (BWI) für das Land Brandenburg vor. Mit 1,13 Millionen Hektar hat Brandenburg einen Waldanteil von 38,04 %, wobei der Privatwald mit 62,3 % dominiert.

Die BWI ist gesetzlicher Auftrag und eine zentrale Datenbasis über den Wald in der BRD, die seit 1987 periodisch im zehnjährigen Intervall mit gleicher Methodik durchgeführt wird. Die Trakte der BWI sind im Abstand von 4 km gleichmäßig über das Land verteilt. Brandenburg verdichtet seit 2012 auf einen Abstand von 2 km. Jeder Trakt besteht aus vier Ecken, an denen jeweils ca. 150 Merkmale in sieben festgelegten Probekreisen aufgenommen werden. Damit liegen qualitativ hochwertige Informationen über den Wald, seine Zusammensetzung, seine Struktur und seine wichtigsten Eigenschaften vor. (bwi.info)

Auch wenn die Kiefer Baumart Nr. 1 in Brandenburg bleibt, zeigen doch viele Bestände eine deutliche Zunahme von Mehrschichtigkeit mit Laubholz. Der Holzvorrat hat im Gesamtwald zugenommen und beträgt nun 296 m³/ha. »Damit liegt die Holznutzung unter den Möglichkeiten, die der Zuwachs bietet und sollte zukünftig im Rahmen der Waldpflege und des Waldumbaus stärker genutzt werden! Gerade die Nachkriegsaufforstungen sollten dringend für den Waldumbau vorbereitet und genutzt werden«, sagt der Vorsitzende des Waldbesitzerverbandes Thomas Weber. »Mit 17 m³/ha Totholz wird auch ein wichtiger Beitrag zur Biodiversität geleistet. Auch wenn die Waldverjüngung gerade mit Laubholz zugenommen hat und nunmehr 77 % beträgt, sollte der aktive Waldumbau zur Erreichung klimastabiler Waldbestände mit hochwertigem Nutzholz weiter ausgebaut werden. Hierbei sollte auch das Nadelholz und insbesondere die Kiefer nicht ganz vergessen werden.«

Einen Wermutstropfen sieht der Waldbesitzerverband aber nach wie vor im hohen Wildverbiß mit einem Drittel in der Verjüngung. Hier bestehe weiterhin Handlungsbedarf für Waldeigentümer und Jäger und die neue Landesregierung. Durch aktives Zugehen der Landesforstverwaltung auf die privaten Waldeigentümer im Rahmen von Rat und Anleitung sollte das Nutzungspotential im Wald stärker ausgeschöpft werden und so zur Stabilität der Waldbestände ein größerer Beitrag geleistet werden.

Die Ergebnisse verdeutlichen, daß eine nachhaltige und multifunktionale Bewirtschaftung der Wälder entscheidend ist, um ihre Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel zu erhöhen und gleichzeitig ihre bedeutende Funktion als CO₂-Speicher und Rohstoffquelle zu bewahren.

LISA JENSEN | 11

Bei den Fakten bleiben

Wir sollten bei den Fakten bleiben! Fakt ist, bezahlbarer Wohnraum ist derzeit knapp in Eberswalde. Das war laut kommunaler Wohnungsmarkexperte bis 2021 anders. Damals meldete die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft WHG noch Leerstand und mangelnde Nachfrage nach größeren Wohnungen. Mittlerweile ist der Bedarf gestiegen. Eberswalde gilt heute als attraktive Stadt. Die größte zuziehende Migrationsgruppe in diesem Jahr sind allerdings Berliner.

Die Stadtpolitik arbeitet an guten und wirklichen Lösungen für die Wohnungsfrage. Sanierung und Neubau mehrgeschossiger Mietshäuser haben Priorität. Wir setzen dabei auf die WHG. Sie verfügt immer noch über einen hohen Anteil an unsanierten Altbauten. Leer stehende Wohnungen sollten bis zur Sanierung auch durch Zwischenvermietung, etwa an Studenten, nutzbar gemacht werden. Die WHG besitzt auch Flächen, die mit Mietwohnungen bebaut werden können. Der neue Aufsichtsrat kann sich hier deutlich positionieren.

Die Wohnungsgenossenschaft 1893 setzt zudem ihr erfolgreiches Sanierungsprogramm im Brandenburgischen Viertel fort. Fortlaufend werden hier Wohnungen mit gutem Standard und erschwinglichen Preisen fertiggestellt. Projekte privater Investoren wie die ehemalige Hufnagelfabrik und die neue Mes singwerksiedlung kommen in der Planung gut voran. Dort sollen auch Mietwohnungen mit Sozialbindung entstehen. Andere Projekte sind bereits baureif, wie das Quartier »Schwärz blick«. Der Baubeginn hängt hier nur von den Investoren ab.

KAREN OEHLER, Fraktion B90/Grüne Ebw.

B90/Grüne zum Hintergrund:

In einer Pressemitteilung vom 1. Oktober hatte Roman Kuffert (AfD) eine effektive Schaffung von Wohnraum durch Remigration gefordert. Die Eberswalder Bündnisgrünen reagierten darauf und bezogen sich auf »die oft auf AfD-Veranstaltungen skandiierte Forde rung nach millionenfacher Abschiebung«. Es gebe aber weder in der BRD Millionen ausrei chendpflichtiger Ausländer, noch im Landkreis Barnim so viele, daß sie einen spürbaren Ein fluß auf den Wohnungsmarkt hätten. Viel mehr schätzen viele »Experten für Rechtsextre mismus« ein, daß der »in rechtsextremen Krei sen häufig gebrauchte Begriff Remigration ... als massenhafte, nicht freiwillige Ausreise gemeint ist, die auch den Entzug der Staatsbürgerschaft umfassen« könne. »Spätestens seit dem Ge heimtreffen in Potsdam sollten wir uns wirk lich nichts mehr vormachen. Das ist genau so gemeint.«, erklärt dazu Sarah Polzer-Storek, Mitglied der bündnisgrünen Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung.

Chance für kulturellen Freiheitswillen

Eberswalde (bbp). In den beiden vorigen Ausgaben publizierten wir die Rede von Tilo Weingardt (AfD) in der konstituierenden Sitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Damit erläuterte er die Beweggründe, die ihn auf eine Kandidatur für den Stadtverordnetenvorsitz verzichten ließ, obwohl die AfD die stärkste Fraktion stellt. Die Rede sei »ja recht spontan« gewesen, so Tilo Weingardt. »Vor der Sitzung habe ich in der Hufeisenfabrik 15 Wörter notiert, im Kopf die Inhalte zurechtgelegt und wegen der Zeitbegrenzung, die man mir vor der Sitzung auferlegte, gekürzt.« Weitere Gedanken, die er aus Zeitgründen nicht vortragen konnte, habe er daher erst nach der Sitzung aufgeschrieben, was wir unserer Leserschaft nicht vorenthalten wollen:

Dissonanzen aus Freiheitsverlust esoterisieren das Nichtrepräsentierte in jeder Kategorie eines Systems, fragmentieren das System nicht immer funktionsschädlich, aber oft, und entziehen ihm immer – gegebenenfalls systemerhaltensnotwendige – Energie.

Solche Mechanismen können ein System auch stabilisieren, wenn der Ausschluß von Systembestandteilen systemimmanent nicht die regulativ anspruchsvolle Freiheitsgarantie, insbesondere Existenzgarantie, für alle Bestandteile als Ziel hat, und können offiziell angelegt sein – die mittelalterliche Acht und die Verbannung sind Beispiele.

Die Demokratie ist meiner Meinung nach daher zwar der potenteste Versuch einer Humanität, jedoch gleichzeitig, als kreisläufiger Zwitter angelegt, das gefährlichste Schaffenswerkzeug und gefährdetste System in einem, wenn es nicht perfekt an die kulturellen Vorgaben angepaßt ist und erfordert zur Installation eine Sprungenergie, die oft durch historischen Zufall nur vorlag, und dann ebenfalls der Gelegenheit des gleichzeitigen Umsetzungs willens bedarf. Wir hatten dieses »Glück« zuletzt 1945, nicht jedoch 1990, wo es meiner Meinung nach nur so erschien.

Ich befürchte, daß bereits die Kompensation eher auf Stabilität zulasten der Freiheit angelegter kultureller Elemente im Grundgesetz nicht ausreichend berücksichtigt ist. Die Wiedervereinigung kam – was ich als Indiz der Richtigkeit meiner Befürchtung sehe – zu spät, um den im Grundgesetz bewußt systemisch

angelegten Verfassungsschöpfungsprozeß (Art. 146 GG a.F.) davor zu bewahren, in diesem Moment nicht zu greifen, nicht mal davor, potentiell systemisch erhalten zu bleiben.

Ob diese Befürchtung sich bewahrheitet, kann ich natürlich nicht sagen und ich denke, daß auch ein Einsetzen des von mir in meiner Rede als Wunsch Ausgedrückten nicht genügen wird.

Jedoch würde uns die Erfüllung meines Wunsches einer kulturellen Vitalisierung unserer aktuellen Ordnung erstens die Möglichkeit meines Irrtums, daß dies nicht ausreiche, eröffnen, und zweitens wieder die Möglichkeit eines systemischen Ordnungsneuersuchs der Demokratie in unserem Land erlauben, weil ich fest davon ausgehe, daß der kulturelle Freiheitswille trotz seiner seit langem (kreis)laufenden Wegprägung (Weg mit kurzem e) dafür noch groß genug ist, insbesondere durch den Einfluß Ostdeutschlands.

Ansonsten würden wir zwangsläufig weiter den Weg eines nicht mehr freiheitsgarantierend ausgerichteten Ordnungswandels gehen, der ausreichend stabil ist, kulturelle Freiheitswünsche mit der ausreichenden Sprungenergie zu verhindern.

Auf jeden Fall ist der Moment als Gelegenheit zum Sprung für mich geradezu körperlich spürbar und meine Rede wollte daher spontan heraus – als Ausdruck dieses kulturell vorhandenen Freiheitswillens meinerseits und Aufruf zum Ausdruck dessen ihrerseits an andere.

TILO WEINGARDT

Die »älteste Demokratie«

Die Spannung ist raus, die Wahlen in den USA sind vorbei.

Scheinbar haben die US-Amerikaner einen vorgeblichen »Präsidenten der Amerikaner«, Donald Trump, gewählt statt einer Präsidentin der Weltgendarmen.

America first: Demokratie? Die älteste und »Wiege« der DEMOKRATIE der Welt mit dem undemokratischsten Wahlrecht der Welt! Eben Demokratie á la Vereinigte Staaten von Amerika!

Im Regelfall hat die Hälfte der US-Bürger kein demokratisches Mitbestimmungsrecht, denn die Summe aller Minderheiten in allen US-Bundesstaaten kann durchaus mehr als 50 Prozent aller Wahlberechtigten in sich vereinigen,

wie zur ersten Trump-Wahl 2016, und führt doch nicht zur Mitbestimmung des US-Präsidenten, da die Wahlmänner (die wohl auch Frauen sein dürften) eines Bundesstaates nur einheitlich den Wahlsieger ihres Staates wählen dürfen, wodurch alle übrigen Wähler unbeachtet bleiben!

Was für eine Demokratie!

Hinzu kommt: 4,2 Millionen US-Bürger können sich nicht in die Wählerlisten der Mehrzahl der Bundesstaaten eintragen, weil sie irgendwann einmal straffällig geworden waren und sei es nur ein Verkehrsverstoß oder ein Ladendiebstahl, Drogendelikt oder anderes gewesen.

BERND C. SCHUHMAN

Barfußweg für Senioren in Lichterfelde


FOTO: PROCURAND SENIORENRESIDENZ LICHTERFELDE

Zusammen mit der Heimleitung und den Bewohnern hat der Dorfverein GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. am 21. Oktober auf dem Gelände der Seniorenresidenz Lichterfelde einen Barfußweg eingeweiht. Zwischen diesen beiden Partnern besteht schon seit Jahren eine enge und fruchtbare Kooperation.

Die Bauarbeiten für den Barfußweg wurden von Mitgliedern des Vereins durchgeführt und nahmen mehrere halbe Tage in Anspruch. Sie begannen mit der Vorbereitung des Baugrundes und dem Setzen von Rasenbordsteinen zur Begrenzung. Zur Sicherheit wurde ein Geländer aus Edelstahl installiert.

Nichts verstanden

Péter Vida hat's offenbar immer noch nicht verstanden, wieso BVB/Freie Wähler bei der Landtagswahl gescheitert sind. Er versucht weiterhin, mit ordnungspolitischem Rechtskurs nicht nur die CDU, sondern auch die AfD rechts zu überholen. Damit setzt er die Politik fort, die dem BVB die Wahlniederlage zur Landtagswahl bescherte.

Die Faktenlage für seine Äußerungen zur Verhaftung eines mutmaßlichen Terroristen ist dünn. Bekannt war zum Zeitpunkt seiner diesbezüglichen Pressemitteilung vom 20. Oktober, daß in Bernau im Übergangwohnheim im Ortsteil Waldfrieden ein Mann libyscher Herkunft festgenommen wurde, unter dem Vorwurf, er habe einen Anschlag gegen die israelische Botschaft geplant. Die Festnahme sei nach Hinweisen eines ausländischen Geheimdienstes erfolgt. Mehr nicht.

Daß die Polizei bei einem solchen Verdacht »klar durchgreift«, wie Vida lobt, ist deren Job. Dafür kann man den beteiligten Beamten extra danken. So wie man beispielsweise jedem Mitarbeiter der Müllentsorgung danken sollte, der seine Arbeit erledigt. So wie man jedem Menschen, der seine Arbeit macht, danken sollte.

Zwar sprechen Vida und sein Kollege Jan Bernatzki, der Ortsvorsteher des Bernauer Ortsteils Waldfrieden, immerhin von einem »Verdächtigten«, tun aber ansonsten so, als stünde die Schuld des Verdächtigten schon fest. Vida weiß als Rechtsanwalt, daß Menschen erst dann als schuldig bezeichnet werden können, wenn das ein Gericht mittels Urteil feststellt. Bis dahin handelt es sich immer lediglich um Beschuldigte.

In vielen Fällen mag die Schuldfrage letztlich auch ohne Gerichtsurteil klar und offen-

sichtlich sein. Im aktuellen Fall jedoch nicht. Nicht zuletzt, weil es tatsächlich keinen Anschlag – in welcher Form auch immer – gegen die israelische Botschaft gegeben hat.

Hatte der verdächtige Mann so einen Anschlag real geplant oder vielleicht davon nur am Biertisch geprahlt? Hat er tatsächliche Vorbereitungen getroffen, bspw. durch das Beobachten der Botschaft oder dem Beschaffen von Mitteln, die zum Bau einer Bombe taugen? Sollte der »Anschlag« vielleicht auch bloß darin bestehen, Graffiti mit Parolen auf die Botschaftsmauer zu sprühen? Wir wissen es nicht und auch die BVB-Vertreter wissen das nicht.

Dennoch fordern sie vorsorglich »keine Einsparungen bei der Polizei« – wobei das aktuell gar nicht auf irgendeiner Tagesordnung steht – und faktisch eine »Remigration«.

Im übrigen erscheint es als völlig absurd, wenn ausgerechnet für den Fall, daß sich der »Tatverdacht erhärtet«, von BVB gefordert wird, daß dann »ohne Rücksicht auf die Situation in Libyen – eine konsequente Ausweisung (Abschiebung) erfolgen« müsse. Das bedeutet im Klartext, daß BVB fordert, bei zunehmenden Indizien für einen tatsächlich geplanten Anschlag die Ermittlungen faktisch einzustellen und den Verdächtigten ohne weiteres nach Libyen abzuschicken – wo er möglicherweise als gefeierter Held empfangen wird (»ohne

In den quadratischen Abschnitten fanden Feinkies, Kunstrasen, Holzhackschnittel und Kiefernzapfen eine Verwendung.

Finanziert wurden die Baumaterialien jeweils hälftig vom Dorfverein und von der Procurand Care GmbH, dem Betreiber der Seniorenresidenz.

Das Barfußlaufen bietet zahlreiche Vorteile für Körper und Geist. Durch verschiedene Materialien werden die Fußreflexzonen stimuliert. Dies führt zu einer Stärkung der Fußmuskulatur und Durchblutungsförderung. Weiterhin werden durch taktile Wahrnehmung die Sinne geschärft und somit das sensorische Erlebnis gefördert. Es verbessert sich die Balance, die Koordination und die Körperhaltung.

Allgemein führt dieses »kleine Naturerlebnis« zum Abbau von Stress und zu psychischen Wohlbefinden.

Der Verein bedankt sich bei der Heimleitung der Seniorenresidenz für die gute Zusammenarbeit und wünscht den Bewohnern viel Freude bei der Nutzung des Barfußweges.

Dr. ANDREAS STEINER

Rücksicht auf die Situation in Libyen«). Sofern sich der Verdacht als richtig herausstellt, wäre doch im Gegenteil eine Strafverfolgung die notwendige Folge. BVB aber wollen demgegenüber nichts anderes als Straffreiheit für Terroristen.

Nach der Selbstzerstörung der Linkspartei folgt nun die Selbstzerstörung des aus meiner Sicht sehr interessanten Politikansatzes, lokale Bürgerinitiativen politisch zusammenzufassen (was eigentlich schon Aufgabe der PDS/Linkspartei gewesen wäre – die aber hierbei völlig versagte).

Aktuell gibt es vielleicht mit dem BSW einen neuen Versuch für eine gesellschaftliche Alternative. Bei aller Skepsis wäre das zumindest eine Chance.

GERD MARKMANN

Guten-Morgen-Advent

Bald ist Advent und wir freuen uns an vier Sonntagen in Folge auf das Nyckelharpa Trio PASSERELLE und ihre himmlische Musik aus fünf Jahrhunderten (30.11.), auf SØREN GUNDERMANN & THOMAS STRAUCH und ihr Programm »Es ist ein Gnu entsprungen« (7.12.), auf das THEATER MASKOTTE und unsere Lieblingsweihnachtsaufführung »Ladislauß & Annabella« (14.12.) sowie auf ein Konzert von CANTUS ÜBERLAND und einen neuen Streifzug durch die besondere Musik dieser heiligen Zeit (21.12.).

Guten-Morgen-Eberswalde: Seit dem 14. Juli 2007 jeden Sonntag um Halbfünf am Vormittag! Mehr Informationen immer auch auf www.mescal.de

In den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten hat HOLGER KLICHE, oft gemeinsam mit Kurt Berus, mit dem von ihm geleiteten Geschichtswissenschaftlichen Institut (GWI) Eberswalde eine ganze Reihe von Büchern herausgebracht. Schwerpunkt waren dabei die Ergebnisse der Forschungen zu den KZ-Außenlagern und den Zwangsarbeiterlagern während der Zeit des Faschismus in Eberswalde und Umgebung. Im vorigen Jahr wurde das GWI geschlossen, nachdem noch ein letztes Buch erschienen war.

Holger Kliche wollte nun, wie es so schön heißt, den Ruhestand genießen. Doch seit 2022 gibt es dramatische Entwicklungen in der Welt, die dem mittlerweile Achtzigjährigen keine Ruhe lassen. Die Hoffnungen von 1990 auf ein Ende der globalen Konfrontation erwiesen sich als Illusion. Holger Kliche reagierte darauf mit einem neuen Buch, das seit

Buchtip:

Atombomben auf Eberswalde

einigen Tagen in den Eberswalder Buchhandlungen erhältlich ist.

»Mit den gegenwärtigen Regierungshandlungen«, schreibt Holger Kliche in seinen einleitenden Überlegungen, »schlittern wir einem dritten Weltkrieg gefährlich entgegen«. Er meint: »Eine politische Wende ist drei Minuten vor 12 unbedingt notwendig!«

In seinem neuen Buch widmet sich Holger Kliche vorrangig zwei Themen. Im ersten Abschnitt sammelte er Fakten über den Krieg in der Ukraine, über die Kriegsursachen, über Propagandalügen und schließlich über mögliche Wege zum Frieden.

Im zweiten Teil blickt Holger Kliche zurück. Zurück in eine Zeit, als die Welt schon einmal

am Rande eines Atomkrieges stand. Der Autor zieht dabei u.a. die Atomwaffenbedarfsstudie des Strategischen Luftwaffenkommandos der USA für das Jahr 1959 (Atomic Weapons Requirement Study 1959) heran. Diese 800 Seiten starke detaillierte Liste der nuklearen Zielplanung wurde 2015 für die Öffentlichkeit freigegeben. Für die DDR waren 60 Hauptziele vorgesehen. Eberswalde war das Ziel 415. Das Ziel für eine Atombombe mit 160 Kilotonnen TNT-Äquivalent. Eberswalde wäre von der Landkarte verschwunden.

GERD MARKMANN

Holger Kliche: »Fakten zum Ukrainekrieg. Atombomben auf Eberswalde«, Eigenverlag Eberswalde 2024, 83 Seiten.



Vor 80 Jahren starb Richard Sorge

Der sowjetische Kundschafter, der den Sieg vor Moskau möglich machte

* 22.9./4.10.1895 in Sabuntschi bei Baku, Russisches Kaiserreich; † 7.11.1944 in Toshima, Tokio

die sowjetische Führung vor dem Überfall Hitlerdeutschlands zu warnen. Allerdings wurde diese Information nicht genutzt. Die tragischen Folgen für die sowjetischen Menschen sind bekannt.

Ein halbes Jahr später glaubte Stalin dem Kundschafter, als dieser von den ausgesetzten Angriffsplänen Japans berichtete. Dadurch konnten frische Divisionen aus dem fernen Osten für die Verteidigung von Moskau gegen die deutschen Faschisten eingesetzt werden.

Am 18.10.1941 wurde Richard Sorge-Ramsay verhaftet und wie die Quellen berichten, 1.100 Tage gequält. Er hat niemanden verraten. Gehängt wurde er mit einer Vorrichtung, die nicht zu seiner Körpergröße paßte. Dadurch verlängerte sich die Pein noch.

Die heutigen Ehrungen in Rußland sind wichtig. Allerdings mit einem sehr bitteren Nachgeschmack. Denn Stalin hätte Richard Sorge austauschen können. Warum er ihn nicht gerettet hat, ist nicht endgültig klar. Erst viel später wurden die Leistungen dieses herausragenden Kundschafters gewürdigt, wurden ihm postume Ehrungen zuteil, ein Grab in Japan gestaltet. Eine 12teilige Filmserie wurde 2017 gedreht und im russischen Staatsfernsehen gezeigt.

In der DDR schrieb die berühmte Autorin und Kundschafterkollegin Ruth Werner eine Autobiografie, in der sie über Richard Sorge berichtet (Sonjas Rapport, 1977, Neues Leben Berlin).

Dr. MAGDALENE WESTENDORFF

Erst mit der Öffnung der sowjetischen Archive wurde die Tragik des Lebens und Sterbens dieses tapferen Kommunisten sichtbar. Und damit wuchs auch die Hochachtung vor diesem außergewöhnlichen Menschen. Richard Sorge – alias Ramsay – hat unter allen Bedingungen zur Sache des Friedens gestanden.

Aufgrund seiner hervorragenden menschlichen und professionellen Eigenschaften hatte er Kontakte in höchste Kreise der Feinde der Sowjetunion. Dadurch war es ihm möglich,

Hiermit wende ich mich in einer Sache an euch, die mir sehr am Herzen liegt. Ich habe ein Hobby, das mit meinem Studium der Forstwirtschaft zu tun hat. Ich kenne nämlich Methoden, die die Wüstenbildung aufhalten, Überschwemmungen reduzieren und Nahrungsmittel für die Menschen der Sahelzone generieren können. Dazu habe ich Kontakte zu zwei verschiedenen Hilfsorganisationen und zu zwei Menschen aus Afrika geknüpft.

Die Hilfsorganisationen sind der FRIEND-CIRCLE WORLDHELP (für den u.a. meine Mutter Mützen strickte und nach Indien schickte – vielleicht erinnert ihr euch, die Damen stellten damals jährlich neue Rekorde an gestrickten Mützen auf) und der SENIOR EXPERT SERVICE.

Beide Vereine sichern uns Hilfgelder zu, wenn wir es nur vermögen, ein Team zu unseren Leuten in Afrika zu entsenden. So eine

Vorweihnachtlicher Spendenaufruf:

Hilferuf aus Afrika

Reise nach Afrika zu finanzieren ist für mich derzeit unmöglich. Aber darum geht es auch gar nicht. Es geht um eine kleine Finanzspritze für die beiden Kandidaten. Ich stelle sie euch kurz vor: DIOP aus dem Niger und WALY aus dem Senegal.

DIOP wohnte in Eberswalde, bevor er zurück in den Niger abgeschoben wurde. Dort hat er sich etwas aufgebaut. Er ist Bauer geworden, mit Ziegen, Hühnern, Hunden, Tauben. Doch dann kam die Flut und hat seine Hütte weggeschwemmt und seine Tiere getötet. Jetzt baut er sein Haus neu auf. Er hat nichts mehr und 50 oder 100 Euro Aufbauhilfe würden ihm wirklich helfen. WALY ist Lehrer in einem Dorf in Senegal. Mit der Landwirtschaft verdient er

sich etwas dazu. Er braucht dringend Geld für seine Schule.

Beide sind bereit, mit uns und unseren landwirtschaftlichen Methoden zu arbeiten.

Hiermit bitte ich euch um eine kleine Spende. Ich werde sie fair aufteilen und umgehend an DIOP und WALY weiterleiten. Bild und Filmmaterial über den Einsatz der Spenden wird garantiert.

Spendenkonto: 1. Barnimer Bürgerpost e.V., IBAN: DE271009 1000 3599 4610 00

2. Tristan Siegemund, IBAN: DE53 1705 2000 1110 4891 68

Verwendungszweck (Unbedingt angeben!): Halbmonde.

PEGGY SIEGEMUND

Die Verdummung der Welt

Wann haben Sie das letzte Mal ein Buch gelesen, oder eine Zeitung? Nein, ich meine nicht die mit den großen Buchstaben für Sehbehinderte, sondern eine richtige Zeitung. Eine, wo nicht Propaganda aus jeder Zeile herausquillt. Eine Zeitung, bei der man das Gefühl hat, selber denken zu dürfen und bei der kein Klischeebild nach dem anderen serviert wird. Zum Glück gibt es noch solche Zeitungen!

Und Gott sei Dank gibt es noch das Internet!

Auch wenn man meinen möge, es sei unter der Masse von Instagram-, Twitter/X- und Whats-App-Meldungen verschwunden. So leicht es mir fällt, im Privaten, auf diese genannten Zeitkiller zu verzichten, so kann ich es doch nicht in dieser Betrachtung. Sie sind mittlerweile too-big-to-ignore.

Früher schrieb man sich persönlich E-Mails, mit einem Betreff und wohlformulierten und – durchdachten Worten. Auf keinen Fall wollte man den anderen verletzen, denn gerade in der nonvisuellen Kommunikation passieren schnell Mißverständnisse. Heutzutage postet man einfach seine täglichen Ergüsse auf dem »sozialen Netzwerk«, und schwuppdi-

wupps, erhalten sofort sämtliche vierhundertdreißig Follower darüber Meldung. Man freut sich über ein paar Likes, und wenn es hochkommt, läßt sich jemand zu einem Kommentar herab.

Die meisten Likes lassen sich durch niedliche Katzenvideos erzielen; aber auch Hundewelpen, Mäuse, Ratten und fliegende Omas erzielen hohe Aufmerksamkeitseffekte. Für die Mädchen gibt es die neuesten Schminktipp und für die Jungen eine Videoanleitung, mit welchem Trick man am Monster der Unterwelt vorbeigelangt. Nebenbei erfährt Instagram, für welche Musik, für welche Filme, für welche Nachrichten, für welche Werbung

und Politik und für welches Geschlecht sich der Nutzer interessiert. Das wird sorgsam in riesigen Datenbanken in Kalifornien (USA) gespeichert und repräsentiert den eigentlichen Wert des Unternehmens.

Doch es gibt noch eine Welt jenseits von Facebook, ja sogar jenseits von Google. Hat man schon vergessen, daß sich im Browser Le-sezeichen anlegen lassen, mit denen man seine Lieblingsseiten sammeln, ordnen und aufrufen kann, ohne daß es irgendein Internetkonzern mitbekommt? Die unendliche Fülle des Netzes ist für einen einzelnen Menschen sowieso zu groß. Man muß sich konzentrieren, und beschränken! Nur durch Reduktion erhält man seine Freiheit zurück. Das gilt für das Internet, wie auch für das richtige Leben.

Man könnte recherchieren, warum sich die Ukrainekrise seit 2014 zu einem ausgewachsenen Krieg entwickelt und wer eigentlich Schuld daran hat. Wenn man Zeitung läse, könnte man erfahren, daß sich zu jedem Zeitpunkt circa 900.000 Menschen in der Luft in Flugzeugen befinden – das sind umrechnet ca. 9.700 Bundesbürger. Wenn man ein Buch lesen würde, vielleicht sogar eins aus dem vorvorherigen Jahrhundert, könnte man in eine andere Welt, in andere Gedanken und Weltbetrachtungen eintauchen, und eine menschliche und moralische Größe erfahren, neben dem Katzenvideos und X-Accounts nur Kinderkram sind.

Und doch: Sei die Zeitung noch so seriös, sei das Buch noch so lesenswert, der beste Moment ist der, wenn man das Buch zuklappt und sagt: »Geschafft!«. Der Moment, wenn man ein halbes Kilo durchgearbeitetes Zeitungspapier zusammenknüllt und zum Altpapier gibt. Weg damit! Mit der Trennung gibt man sich die Freiheit wieder – und das sollte man auch gerade beim Internet bedenken, dem unendlichen Schlund der Menschheit ...

JÜRGEN GRAMZOW

Anzeige



Rundum sorglos leben im Alter

Gemütlich wohnen

- Kleine, seniorengerechte 1-Raum-Wohnungen (35-42 m²) mit Küchenzeile und Balkon/Terrasse
- Barrierefreie Zugänge und Aufzug zu allen Wohnungen
- 24 h Hausnotruf möglich
- Zentraler Ansprechpartner und ambulanter Pflegedienst vor Ort
- Servicepakete: Dienstleistungen buchbar, die den Alltag erleichtern
- Auf Wunsch täglich 2 Mittagsmenüs zur Wahl und Frühstück/Abendbrot

Individuelle Pflege um die Uhr

- Stationärer Pflegebereich mit geräumigen Zimmern
- Aktivierende, rehabilitierende Pflege
- Kurzzeit- und Verhinderungspflege
- Palliativ Care: ein speziell ausgebildetes Team steht für die Begleitung Sterbender bereit
- Integrierte Pflege und Betreuung von an Demenz erkrankten Menschen
- Gute medizinische Versorgung (Physiotherapie und Kooperationsärzte kommen ins Haus)



Kommen Sie zur Besichtigung vorbei. Termine unter:

ProCurand Seniorenresidenz Eberswalde
 Beethovenstraße 22 • 16244 Schorfheide OT Lichterfelde
 Telefon 03334 2580 • www.procurand.de

Wandertips

von BERND MÜLLER

Adventswanderung

Sonnabend, 7. Dezember, mit Manuela Grundmann und Klaus Schuchter am Baasee

Für die besinnliche Runde rund um den beschaulichen Baasee sollten Sie etwa zwei Stunden einplanen. Danach gemütliches Zusammensein bei allerlei Leckereien, Musik und dem berühmten Klaus Schluchter.

Treff: 10 Uhr, Baasee Parkplatz, Sonnenburg, 16259 Bad Freienwalde

Anmeldung unter 03344/3002881, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Qualität erhält einen Preis

Kinopreis des Kinemathekverbundes für das Kulturhaus Heidekrug 2.0

Jeden Freitag heißt es »Film ab!« im Kulturhaus Heidekrug! Seit dem 26. Oktober 2024 steht der Heidekrug in einer Reihe mit zwanzig weiteren Kinos, die mit einem vom DEUTSCHEN KINEMATHEKVERBUND deutschlandweit ausgelobten Preis für ihr Programm 2023 ausgezeichnet wurden. Mit diesem Kinopreis zeichnet der Kinemathekverbund im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien jährlich kommunale Kinos und filmkulturelle Initiativen für ihre herausragenden Programme und ihr kontinuierliches Engagement für eine anspruchsvolle und vielfältige Kinokultur in Deutschland aus.

Der Kinemathekverbund würdigte den Heidekrug mit einem zweiten Platz in der Kategorie: »Kino, das wagt« und begründete seine Entscheidung damit, daß der Heidekrug mit seinem diversen, ehrenamtlich organisierten Kino-, Theater- und Konzertprogramm ein inklusives Weltbild in einer brandenburgischen Kleinstadt vermittelt. Als brandenburgische Kleinstadt sticht der Heidekrug auch deutlich hervor aus der Reihe der übrigen Preisträger, bei denen es sich bis auf ein weiteres ausschließlich um Kinos in Großstädten handelt.

Das Heidekrug-Kollektiv freut sich über diese Auszeichnung, mit der es sein mit viel Sorgfalt ausgewähltes Programm von qualifizierter Stelle gewürdigt sieht und sich angespornt

fühlt, so weiterzumachen. Auch das Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro kommt dem Verein sehr gelegen, da die Kinotechnik inzwischen in die Jahre gekommen ist und nach und nach ersetzt werden muß.

Nach der Winterpause wird der Heidekrug daher mit dem Saisonöffnungsfilm »Die Unbeugsamen 2« am 7. März hochmotiviert in die neue Kinoseason 2025 starten. Eine Woche später wird an zwei weitere »unbeugsame« Frauen erinnert: an die Widerstandskämpferinnen HILDE COPPI mit dem Film »In Liebe, Eure Hilde« von Andreas Dresen am 14. März und an LIBERTAS SCHULZE-BOYSEN im Rahmen eines musikalisch umrahmten Vortrags am 15. März.

RUTH BUTTERFIELD

»Ein Glücksfall« im Heidekrug

Am 22. November um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 die romantischen Thriller-Komödie »Ein Glücksfall« von Woody Allen. Der romantische Thriller feierte seine umjubelte Weltpremiere 2023 auf den Filmfestspielen von Venedig.

Gezeigt wird die deutsche Fassung. Der Eintritt kostet 6 Euro.

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1
16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Bürgergespräch

»Frischer Wind für Schorfheide«

Am 28.11. laden wir um 18 Uhr zu einer Diskussion im neuen Dorfgemeinschaftshaus Finowfurt (Hauptstraße 116, 16244 Schorfheide) ein. Es geht um die Problematik Schwerlastverkehr, Raserei, Staub und Krach im Schorfheider Ortsteil Finowfurt. Diesbezüglich besonders betroffen sind die Anwohner der Marienwerder Straße und der Biesenthaler Straße.

Jahrelang ist Ihnen viel versprochen worden, jedoch wurde nichts davon gehalten. Es gibt Ideen. Es gibt Lösungen. Gute Ideen realisieren sich nicht von alleine, Lösungen müssen durchgesetzt, müssen erkämpft werden.

Es geht um Ihr Wohl!

Die Fraktion »Frischer Wind für Schorfheide« möchte Ihnen helfen. Informieren Sie sich! Reden Sie mit uns! Wir freuen uns auf Ihre Anregungen!

Dr. ANDREAS STEINER und
JOHANNES MADEJA

BBP-Vorstand trifft sich

Eberswalde (bbp). Am 19. November berät der Vorstand des Barnimer Bürgerpost e.V. in einer Onlinesitzung über die nächsten Aufgaben des Herausgebervereins der Leserzeitung »Barnimer Bürgerpost«.

Neben der Aufnahme neuer Vereinsmitglieder und vereinsinternen organisatorischen Angelegenheiten wird es um die Neuformierung der Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« im Jahr 2025 gehen. Der bisherige Redakteur signalisierte dem Vorstand bereits vor einiger Zeit, daß er ab Sommer 2025 nach dreißigjähriger leitender Redaktionstätigkeit kürzer treten möchte. Daneben wird es einen Kassenbericht zum Stand 31.10.2024 geben und über die Vorbereitung der nächsten Mitgliederversammlung gehen.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: G. Markmann (viSdP), T. Tobler

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionschluß: 6. November 2024

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 9. Dezember 2024.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle per Lastschrift per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als Geschenkabo an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)